# Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 19 | Juli 1977 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

## Feminismus oder Marxismus

# Für eine kommunistische Frauenbewegung!



*Der folgende Artikel stellt eine überarbeitete Fassung einer Rede dar, die von Genossin Silvia Lenz, Mitglied des Zentralkomitees der TLD, auf einer Berliner Veranstaltung der Organisation am 14. Juni gehalten wurde.*

Der erste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat kurz und klar zum Ausdruck gebracht, weshalb die Frauenfrage für die kommunistische Bewegung von essentieller Bedeutung ist. In dem „Beschluß über die Notwendigkeit der Heranziehung von Arbeiterinnen zum Kampf für den Sozialismus" heißt es:

> „Der Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt fest, daß sowohl der Erfolg aller von ihm gestellten Aufgaben, wie auch der endgültige Sieg des Weltproletariats und die vollständige Abschaffung der kapitalistischen Ordnung, nur durch den engverbundenen, gemeinsamen Kampf der Männer und Frauen der Arbeiterklasse gesichert werden können ... Die Diktatur des Proletariats kann nur unter regem und aktivem Anteil der Frauen der Arbeiterklasse verwirklicht und behauptet werden"

Diese Überzeugung teilt die TLD als Sektion der internationalen Spartacist Tendenz (iST) mit der Kommunistischen

Russell – Initiative. . . . . . . . . 5

Zerfall des Spartacusbundes. . . . . . . . . . . . . . . . . . .13

Internationale. Deswegen überlassen wir es nicht dem Feminismus als einer kleinbürgerlichen Ideologie, die Probleme der Frauen in bornierter Weise anzugehen und die unterdrückten Frauenmassen in die Sackgasse der „Autonomie“ zu führen.

Die Frauenfrage ist im wesentlichen eine *Klassenfrage.* Sie überschneidet zwar die Klassengrenzen, wird jedoch zu einer Klassenfrage dadurch, daß es den Frauen der Bourgeoisie, die über finanzielle Mittel und gesellschaftliche Positionen Verfügen, wesentlich leichter fällt, ihrer Unterdrückung individuell zu begegnen als der Proletarierin oder den Frauen der unterdrückten Schichten des Kleinbürgertums. Für die Frauen der Arbeiterklasse dagegen wird es direkt und unmittelbar erfahrbar, daß ihre Befreiung nur im Klassenkampf errungen werden kann.

## Feminismus: eine kleinbürgerliche Sackgasse

Vom Feminismus haben die Frauenmassen nichts zu erwarten. Neben einzelnen Tagesforderungen, die auch Marxisten vertreten, die aber außerhalb eines systematischen revolutionären Übergangsprogramms einen rein reformistischen Charakter annehmen müssen, neben emotionalen Aktionen ohne klare Zielrichtung (Walpurgisnacht!) und Quacksalbereien diverser Art (rein „weibliche“ Medizin, „weibliche“ Kunst und ähnliches) hat der Feminismus nur utopische Modelle anzubieten, die so reaktionär sind, wie jeder Utopismus in einer Epoche, in der der Sieg der proletarischen Weltrevolution die Schlüsselfrage für das Überleben der Menschheit geworden ist.

Freilich sind es heute in erster Linie die Feministen, die, aufgrund der Krise der revolutionären Führung der Arbeiterklasse, aufgrund des jahrzehntelangen Verrats, die der Stalinismus an der Arbeiterklasse begangen hat und schließlich aufgrund der Degeneration der Vierten Internationale, sich die Frauenfrage zu eigen gemacht haben. Die Probleme, die von ihren Massenpublikationen, wie *Emma* oder *Courage,* aufgegriffen werden, handeln von realen Faktoren täglichen Elends: benachteiligten Proletarierinnen, geschlagenen Ehefrauen, der sozialen und sexuellen Unterdrückung der Frau. Die Antworten jedoch, die gegeben werden, sind Zeugnisse der Ohnmacht.

So werden z. B. von einzelnen Feministinnen *Frauenhäuser* gepriesen, in denen die mißhandelten, verzweifelten Ehefrauen Zuflucht finden können. Doch solche Selbsthilfeprojekte können nichts an dem Grundübel, der repressiven Kleinfamilie mit ihren ideologischen und ökonomischen Funktionen im Kapitalismus, ändern. Frauenhäuser als Strategie zur Befreiung der Frau anzubieten, heißt mit untauglichen Waffen kämpfen. Es kann keine „befreiten“ Inseln im Kapitalismus geben. Selbstverständlich verteidigen wir Frauenhäuser vor Zugriffen, vor der Repression des bürgerlichen Staatsapparates. Aber was wir für solche Frauen fordern, ist die unverzügliche Bereitstellung von menschenwürdigen Wohnungen, von Arbeitsplätzen (Eingliederung in die Produktion), von guten Einrichtungen zur Versorgung ihrer Kinder. Wir fordern die Abschaffung der reaktionären bürgerlichen Ehe- und Scheidungsgesetze und die Abschaffung des Schandparagraphen 218. Wir treten gegen die Diskriminierung der Frauen in der Erziehung, Ausbildung und am Arbeitsplatz ein. Wir kämpfen — gegen die Gewerkschaftsbürokratie - für die gewerkschaftliche Organisierung und Mobilisierung der arbeitenden Frauenmassen.

*Selbstbestimmungsrecht* und *Kontrolle der Frau über ihren eigenen Körper* lauten andere Forderungen der Feministen. Gewiß sind Kommunisten die entschiedensten Kämpfer für die kostenlose und qualifiziert durchgeführte Abtreibung, für die freie Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln und für eine umfassende Sexualaufklärung. Doch wird der Körper einer Frau, die z. B. 40 Stunden in der Woche am Fließband arbeitet, dermaßen stark in Anspruch genommen, daß es kleinbürgerlicher Hohn auf die Proletarierin ist, von „Kontrolle“ zu reden. Erst in der Überflußgesellschaft des Sozialismus werden die Frauen — wie die gesamte Menschheit - nicht mehr physisch und psychisch wie im Kapitalismus verkrüppelt werden, sondern schöpferische und befreite Menschen sein.

Als ein letztes Beispiel sei noch die Forderung nach *Lohn für Hausarbeit* genannt. Zwar ist es unbestreitbar, daß die Hausarbeit der Reproduktion der Ware Arbeitskraft dient. Deswegen wird die Hausarbeit jedoch nicht zur „Schlüsselindustrie in der Gesellschaft“ *(Courage* Nr. 3, 15. März). Unser Ziel ist nicht, die Hausarbeit als ein notwendiges Übel zu akzeptieren und für deren Entlohnung einzutreten. Wir kämpfen für *die Abschaffung* der Haussklaverei. Und hier sehen wir nicht, wie die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), einen Ansatzpunkt im Zusammenschluß von Hausfrauen und in der gemeinsamen Organisation der Hausarbeit *(was tun extra,* 26. Mai). Wir erheben Forderungen wie die nach der *Vergesellschaftung der Hausarbeit,* nach *kostenlosen und qualifizierten Einrichtungen zur Versorgung der Kinder rund um die Uhr, kontrolliert von den Eltern und dem Personal, finanziert durch den Staat oder die Unternehmer.* Wir erheben diese Forderungen nicht mit der Illusion einer Humanisierung des Kapitalismus. Wir wissen, daß diese Forderungen, wie die nach einer Beendigung der Diskriminierung der Frauen in der Ausbildung und am Arbeitsplatz, die Einstellung aller Arbeiter unabhängig von Geschlecht und Rasse, die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, nur unter der Regierung der Arbeiterklasse realisiert werden können. Auch erst unter der Diktatur des Proletariats können überall kollektive Institutionen eingerichtet werden, die die individuelle Haushaltsführung ersetzen können. Endlich werden alle Frauen aus der stumpfen häuslichen Enge befreit werden und als gesellschaftliche Wesen ihre Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern können, um aktiv teilzunehmen am „Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ (Friedrich Engels).

Unsere Weigerung, die Losung „Lohn für Hausarbeit“ auf unser Banner zu schreiben, veranlaßt uns jedoch nicht dazu, in sektiererischer Weise eine eventuell vom Staat geleistete Unterstützung für Hausfrauen, am wahrscheinlichsten

**Kommunistische Korrespondenz**

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur: W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift: TLD
Postfach 11 0647 1000
Berlin 11

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

in der verkrüppelten Form eines Haushaltszuschusses, zurückzuweisen. Wir werden solche finanzielle Verbesserungen für Arbeiterfrauen ebensowenig ablehnen wie etwa die Zahlung von Kindergeldern oder Ausbildungsbeihilfen. Aber wir wissen auch, daß dies nur ein Almosen sein würde, das der Staat aus taktischen Gründen leisten könnte.

Die Forderung „Lohn für Hausarbeit" wie sie heute von manchen Feministinnen aufgestellt wird, soll jedoch nicht eine magere „Reform" sein, sondern eine *Strategie* zur Befreiung der Frau. Sie führt zu der Ideologie der Absonderung der werktätigen Frauenmassen vom gemeinsamen Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, zu der reaktionären Utopie einer Frauenautonomie innerhalb der Gesellschaft.

Während der Feminismus sich an utopisch-idealistische Vorstellungen klammert, geht der Marxismus von einer *materialistischen* Analyse der Gesellschaft aus und liefert Anleitung zum Handeln: Nur die proletarische Revolution kann die Frau befreien. Die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende kapitalistische Gesellschaftsordnung muß durch die Revolution gestürzt werden. Ein vom Proletariat getrennter, besonderer Weg zur Befreiung der Frau ist nicht möglich. Kurz: Der Feminismus ist mit dem Marxismus nicht versöhnbar. Marxisten müssen deswegen die bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Frauenbewegung polarisieren und in der Auseinandersetzung mit ihr eine kommunistische schaffen.

## Die revolutionäre Organisierung der proletarischen Frauenmassen

Die Gewinnung der Frauen für die Revolution stößt jedoch nach wie vor auf gesellschaftlich bedingte Schwierigkeiten. Clara Zetkin sagte hierzu in ihrem Bericht über die Frauenbewegung auf dem Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale:

> „Wir vergessen nicht die sozialen Bedingungen, die als Hemmnisse für die Betätigung der Frau, für ihr politisches Erwachen, ihren politischen Kampf noch vielfach in den gesellschaftlichen Einrichtungen, im Familienleben und auch in sozialen Vorurteilen vorhanden sind. Wir sehen klar den Niederschlag, den die Jahrtausende alte Knechtschaft in der Seele, der Psyche der Frau zurückgelassen hat. Deshalb bedarf es trotz der Gemeinsamkeit der Organisation besonderer Organe, besonderer Maßnahmen, um an die Frauenmassen heranzukommen und sie als Kommunistinnen zu sammeln und zu erziehen."

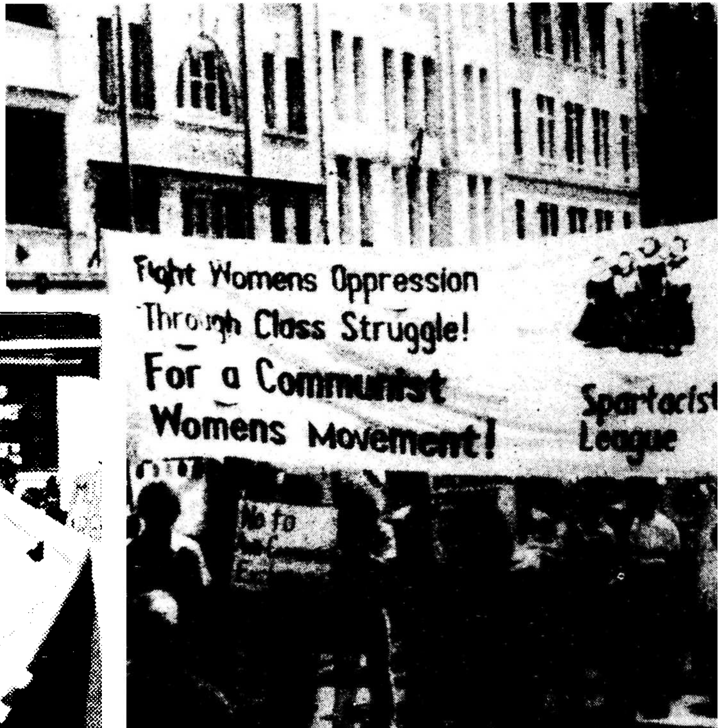
Sie schlug vor, *Frauenausschüsse* auf allen Ebenen der Partei zubilden, die „in engster organisatorischer und ideologischer Gemeinschaft mit den Organen der Gesamtpartei wirken", die aber auch „des Rechtes der Initiative und einer gewissen Bewegungsfreiheit bedürfen". Clara Zetkin war dabei in der Lage, sich auf die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie stützen zu können, die 1908 auch nach der Aufhebung der diskriminierenden Vereinsgesetze durch die preußische Regierung an besonderen, aber nicht abgesonderten Frauenkommissionen festgehalten hatte. Auch die Bolschewiki hatten dieses „deutsche Modell" später übernommen. Clara Zetkin warnte jedoch:

„Es gibt keine besondere kommunistische Frauenorganisation. Es gibt nur eine Bewegung, es gibt nur eine Organisation der Kommunistinnen innerhalb der Kommunistischen Partei zusammen mit den Kommunisten. Die Aufgaben und Ziele der Kommunisten sind unsere Aufgaben, unsere Ziele. Keine Sonderbündelei, keine Eigenbrödelei, die irgendwie geeignet wäre, die revolutionären Kräfte zu zersplittern und abzulenken von ihren großen Zielen der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Die kommunistische Frauenbewegung bedeutet nichts anderes als planmäßige Verteilung, planmäßige Organisierung der Kräfte, sowohl der Frauen, wie der Männer in der Kommunistischen Partei, um die breitesten Frauenmassen für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats, für den Kampf zur Niederzwingung des Kapitalismus und den kommunistischen Aufbau zu gewinnen." Diejenigen Genossen, die noch immer nicht erkannt hatten, daß der Erfolg der proletarischen Revolution von der Gewinnung

KK Foto



Australasian Spartacist Foto




Workers Vanguard




**Demonstrationsblöcke der iST in Deutschland, den USA und Australien; Für eine kommunistische Frauenbewegung!**

der Frauenmassen abhängt, nannte sie „bewußte Saboteure der Revolution“. Und auf dem Vierten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kritisierte sie diejenigen Sektionen, die noch immer keine Frauenkommissionen eingerichtet hatten. Auf beiden Weltkongressen betonte sie, wie sehr sich die kommunistische Bewegung schaden würde, wenn es ihr nicht gelänge, die gewaltige Sprengkraft des weiblichen Proletariats, seine besondere Hingabe, seine Tapferkeit, seine Entschlossenheit zu organisieren. Selbstbewußt sagte sie auf dem Dritten Weltkongreß:

> „Wir sind, dem Himmel sei Dank, nicht Eure Affen, nicht Eure mißratenen, schlechten Kopien. Wir setzen unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte ein, sowohl in den revolutionären Kampf, wie an den revolutionären Aufbau.“

Niemals hat die revolutionäre Kommunistische Internationale den Kampf der proletarischen Frauen vom Kampf der Partei getrennt. Niemals auch wäre die kommunistische Frauenbewegung auf die Idee gekommen, die proletarischen Frauen in der Gewerkschaft „autonom“ zu organisieren oder die „Privilegien“ proletarischer Männer einfach mit „Privilegien“ für Frauen zu vertauschen, um so zu einem Ausgleich zu gelangen.

### Für eine Frauensektion der kommunistischen Avantgardepartei

Die internationale Spartacist Tendenz setzt an der Erfahrung der kommunistischen Frauenbewegung wieder an: besondere Organe für Arbeit unter den Frauen sind eine strategische Notwendigkeit, um die besonderen Probleme zu beseitigen, die Frauen vom politischen Leben fernhalten und um zu ermöglichen, daß Frauen für eine proletarische Perspektive gewonnen und an die revolutionäre Partei herangeführt werden. Kommunistische Parteien müssen also auch auf allen Ebenen diese Organe schaffen - Kommissionen, Ausschüsse usw. — um eine planmäßige und zielgerichtete Arbeit unter den Frauen leisten zu können. Diese Organe führen jedoch kein autonomes Leben nebeneinander, sondern sind auch innerhalb der Partei vertikal zusammengefaßt und arbeiten unter der direkten Anleitung der zentralen Führung der Partei, mit der sie durch ihre bewußtesten Kader verbunden sind. Unsere Genossinnen sollen ebenso wie unsere Genossen auf allen Ebenen der Partei vertreten sein, in allen Arbeitsbereichen tätig werden.

In allen Bereichen der Gesellschaft, vor allem aber auch in der Gewerkschaft, wollen wir mit unserem Programm intervenieren. Dabei ist das Programm, mit dem wir unter den Frauen arbeiten, nicht ein besonderes Programm. Es ist das Programm der gesamten Partei, das Übergangsprogramm, das in der proletarischen Staatsmacht gipfelt. Die Arbeit von solchen Organen zeichnet sich dadurch aus, daß



# Die Kommunistin

rgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
erausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat. Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 18 | Berlin, 15. September 1923 | Jahrg. 5



Aktion des gesamten Proletariats bringt das Ende der Wucherherrschaft

**DIE KOMMUNISTIN. Organ der KPD für Arbeit unter den Frauen.**

sie dieses Programm mit den speziellen Forderungen und Bedürfnissen, die der Frau durch ihre Unterdrückung entstehen, aufs engste verknüpfen und die Teile des Programms, die diesen Bedürfnissen direkt Antwort geben, besonders hervorheben - wo auch immer sie intervenieren.

Eine größere kommunistische Partei wird durch die Schaffung einer *Übergangsorganisation,* der entwickeltsten solcher besonderen Organisationsformen, die Masse der unterdrückten und ausgebeuteten Frauen für die Parteiarbeit mobilisieren und organisieren. Solche aufzubauenden Frauensektionen (an deren Arbeit selbstverständlich auch männliche Genossen beteiligt sein müssen) werden nicht Kopien stalinistischer Frontorganisationen darstellen, sondern über eine weitgehende organisatorische Unabhängigkeit und über ein aktives politisches Leben verfügen, eigene Initiativen zur Arbeit unter Frauen entfalten. Die genaue Struktur von Übergangsorganisationen wird jeweils von den nationalen Gegebenheiten mit beeinflußt werden (so dürften die Schwerpunkte der Arbeit unter den Frauen im islamischen Saudiarabien andere sein als in der Bundesrepublik).

### Die Position zur Frauenfrage als Prüfstein für Revolutionäre

Für uns „altmodische“ Trotzkistinnen und Trotzkisten ist es erfreulich festzustellen, daß revolutionäre Bewegungen immer auch eine revolutionäre Position in bezug auf die Frauenfrage vertreten haben. So war es der revolutionäre Flügel der deutschen Sozialdemokratie, der sich mit der Frauenpresse *Die Gleichheit* unter der Führung von Clara Zetkin und Emma Ihrer der Frauenfrage angenommen hatte, der gegen die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie immer wieder angestrebte Verflachung der *Gleichheit*

*Fortgesetzt auf Seite 8*

**Internationale Spartacist-Tendenz Kontaktadressen**

**Ligue Trotskyste de France**
Pascal Alessandri BP. 336,
75011 Paris

**London Spartacist Group**
BCM Box H292
London, WC1V 6XX

**Spartacist League of Australia/New Zealand**
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australia

**Spartacist League/U.S.**
Box 1377, GPO New
York, NY 10001

**Trotskyist League of Canada**
Box 6867, Station A
Toronto, Ontario

**Trotzkistische Liga Deutschlands**
Postfach 11 0647 1
Berlin 11

## Russell-Initiative

# Impotenter Propagandablock gegen bürgerliche Repression

Der 1968 im greisen Alter von 96 Jahren verstorbene englische Philosoph und Lord Bertrand Russell, der seiner Nachwelt nicht nur ein System der analytischen Mathematik, sondern auch eine vom Geist des Liberalismus und vom Unmut gegen soziale Ungerechtigkeit und Verletzungen der Menschenrechte tief durchdrungene Idee der Verpflichtung auf eine Welt des „Friedens", des „Fortschritts", der „Freiheit" und der „Demokratie" hinterließ, hätte mit seinen aufklärerischen Ambitionen besser ins achtzehnte denn ins zwanzigste Jahrhundert gepaßt. Unter seiner Ägide wurde 1963 die Bertrand Russell Peace Foundation gegründet, in welcher dieser Geist bis auf den heutigen Tag überdauert hat. Die Foundation organisierte 1966 das „Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam", 1975 das zweite Tribunal über die „Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika". Beide erlangten weltweite Publizität und legten Zeugnis ab für ihre moralische Integrität — ihre Urteile konnten sich auf erschütternde Dokumente und sorgfältig zusammengefügtes Beweismaterial stützen.

Freilich hat sich der Imperialismus samt seinen Vasallen und Kompradoren in seinem blutigen Feldzug gegen das internationale Proletariat dadurch nicht stören lassen, er läßt sich von Pazifisten und Bannerträgern der „reinen Demokratie" nicht „unter Druck setzen". Fast neun weitere Jahre hat die amerikanische Bourgeoisie nach 1966 Napalmbomben auf die vietnamesischen Massen geschleudert; Pinochets und Videlas Terrorregime lasten heute noch auf der chilenischen und argentinischen Arbeiterklasse.

Die Geschichte kann keine deutlichere Sprache reden. Tribunale wie die der Bertrand Russell Peace Foundation dokumentieren die politische Hilflosigkeit der liberalen Kleinbourgeoisie, deren Waffen für „Menschenrechte" und „Freiheit" sich auf die des impotenten moralischen Appells beschränken. Gegen diese Hilflosigkeit betonen wir, daß im Kampf gegen den Terror der Bourgeoisie jede erstellte proletarische Aktionseinheit hundertmal schwerer wiegt als alle verblaßten Ideale bürgerlicher Aufklärung zusammengenommen.

### Die Linke auf der Flucht nach rechts

In der Bundesrepublik nun haben die Erben der APO zu einem dritten Tribunal aufgerufen. Vor einigen Monaten hatten sich der Kommunistische Bund (KB), die vorgeblich trotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM), der damals noch nicht zerfallene zentristische Spartacusbund, das Sozialistische Büro (SB - diese linkssozialdemokratische renommierte Organisation hat sich inzwischen aus dem Projekt zurückgezogen), Spontis jeder Couleur und lokale Liberalenzirkel zu einem Propagandablock par excellence zusammengeschlossen, mit dem gemeinsamen Ziel, ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD einzuberufen. Dieser Schritt verkörpert den glühenden Wunsch der beteiligten Organisationen, das Russell-Tribunal möge „einen wichtigen Beitrag zur Abwehr antidemokratischer Tendenzen leisten" (Aufruf des Westberliner Unterstützungskomitees zur gemeinsamen Veranstaltung am 13. Juni). Die GIM, deren Politik sich auf den Kampf für ein „liberales atmosphärisches Klima" (so ein GIM-Vertreter im Berliner Unterstützungskomitee zum Charakter einer am 13. Juni geplanten Veranstaltung) konzentriert, geht noch einen Schritt weiter: mit dem Aktionskomitee/FU erhofft sie sich, „daß das *Tribunal* zu einem ersten, sehr *entscheidenden* Schritt wird, um die Berufsverbote *endgültig* zu Fall zu bringen ..." *(was tun* Nr. 161, 2. Juni - unsere Hervorhebung). „Gelingt ein solches Bündnis (mit dem „liberalen Lager", Anm.), dann erreicht die Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte in unserem Lande tatsächlich eine neue *Qualität...*" (ebenda, unsere Hervorhebung). Die Arbeit des Komitees soll sich in Form des Sammelns von Fakten, Indizien, Beweismaterialien vollziehen, welche dann nach Maßgabe der Kriterien „liberaler Menschlichkeit" zu einer Gardinenpredigt gegen die Großbourgeoisie formuliert werden mögen. Die GIM unterschreibt auch, daß „Vorbereitung und Durchführung des Tribunals ... auf keinen Fall irgendwelchen linken Gruppierungen die Möglichkeit der Selbstdarstellung und Propagierung der eigenen Linie im Namen der Bertrand Russell Peace Foundation geben" dürfen (ebenda).

Die Ausnutzung von „Vorbereitung und Durchführung des Tribunals" zur Propagierung und Verbreitung des eigenen Programms (dies „im Namen der Bertrand Russell Peace Foundation" zu tun, wäre ganz offensichtlich unsinnig) wird von *was tun* mit dem verkorksten AAO-Terminus „Selbstdarstellung" belegt. Für Trotzkisten ist die Darstellung von Ziel und Zweck der eigenen Organisation Propaganda für den revolutionären Marxismus. Für jemand, der wie die pabloistische GIM seine politische Fracht nicht unter eigenem Banner, sondern durch Schmuggel befördert, ist die Darstellung der „eigenen Linie" natürlich hohle Selbstdarstellung.

Winfried Wolf ist in *was tun* Nr. 152 eifrig bemüht, jeden Verdacht, den kleinbürgerliche Demokraten diesbezüglich gegenüber der GIM hegen mögen, auszuräumen, indem er die Taktik der GIM zum Russell-Tribunal durch den Hinweis auf das Tribunal über Vietnam, welches „die US-Bewegung ‚Out now' geschaffen" habe, verdeutlicht. W. W. hat den Erfolg auf seiner Seite, ging doch die Unterstützung der „Out now"-Bewegung so weit in den „Bereich der bürgerlichen Demokraten, Liberalen usw.", daß sogar der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei George McGovern „Out now" auf seine Fahnen schrieb. Zwar ist die „Out now"-Bewegung der „liberalen" amerikanischen Bourgeoisie nicht so sehr von ihrem demokratischen Gewissen, als vielmehr vom fallenden Dow Jones-Börsenindex ausgelöst worden, dafür ist es der mit dem VS „befreundeten" SWP durch viele reformistische Bücklinge gelungen, sich in der „Out now"-Bewegung mit dem bürgerlichen Senator Vance Hartke auf der Grundlage „Bring Our Boys Home" zu vereinigen.

Diese politischen Anleihen der zentristischen GIM bei der reformistischen SWP sind ein verzweifelter Versuch, der bürgerlichen Repression durch Anbiederung an die kleinbürgerliche Demokratie zu entrinnen.

Anstatt den Weg von proletarischen Aktionseinheiten einzuschlagen und den Kampf um die Mobilisierung der Arbeiterklasse aufzunehmen, schlagen diese „Revolutionäre“ einen Kurs auf die kleinbürgerlichen Intellektuellen ein und rufen sie als Richter über die Grausamkeiten des bürgerlichen Alltags an. Das „Programm“ und die geistigen Führer dieser „breiten Antirepressionsbewegung“ lassen sich nur erahnen, doch die Hamburger und Westberliner Unterstützungsveranstaltungen setzten unmißverständliche Zeichen: auf beiden Veranstaltungen gab es keine Redner der vorgeblich revolutionären Unterstützer, stattdessen entfalteten J. P. Vigier (bis 1968 ZK-Mitglied der PCF) und liberale Sozialdemokraten wie Flechtheim sowie Judo-Führer ihre buntschillernden Fahnen. Natürlich verzichteten die aufrufenden „Revolutionäre“ nicht darauf, „die Unterstützung der politischen Stoßrichtung dieser Veranstaltung“ (so wörtlich ein Spartacus-IT-Vertreter im Westberliner Unterstützungskomitee) zuzusichern.

Darin äußert sich die schamlose Erniedrigung dieser Organisationen in ihrer ganzen Tragweite. Von einer kleinbürgerlichen Stiftung andere als kleinbürgerliche Äußerungen zu erwarten, ist eine politische Dummheit, sich selbst eine derartige Beschränktheit aufzuerlegen, ist Verrat am revolutionären Marxismus bzw. am Anspruch, diesen zu vertreten.

Russell-Tribunale entscheiden und initiieren *nichts.* Ihr Zustandekommen öffnet für Marxisten eine weitere taktische Gelegenheit, ihr revolutionäres Programm besser in die Massen tragen zu können, um so die demokratischen Illusionen zu zerstören und den Kampf gegen die Bourgeoisie zu organisieren. Das bedeutet auch und gerade Kampf gegen den Einfluß der Ideologen der kleinbürgerlichen Demokratie auf die Arbeiterbewegung. Nur in dieser auf die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ausgerichteten Perspektive ist eine marxistische Wertung des Kampfes um bürgerlich-demokratische Rechte möglich, ist es möglich, die Haltung von Revolutionären gegenüber kleinbürgerlichen Juries über Aspekte der bürgerlichen Repression zu bestimmen.

Marxisten propagieren nicht das Russell-Tribunal als „entscheidenden Schritt, um die Berufsverbote endgültig zu Fall zu bringen“, sondern setzen dieser kleinbürgerlichen Perspektive den Kampf für proletarische Aktionseinheiten entgegen. Nur durch unabhängige Kampfaktionen der Arbeiterbewegung gegen die Bourgeoisie kann das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse gestärkt, ihr Bewußtsein entwickelt und die Hilflosigkeit der kleinbürgerlichen Kritik am bürgerliche Terror entlarvt werden. Die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse können nicht durch demokratische, sondern nur durch proletarische Methoden verteidigt werden.

Die vorgebliche Linke kapituliert vor der Aufgabe, die Arbeiterklasse gegen den Strom schwimmend um ihre Klassenforderungen zu mobilisieren und desorientiert ihre fortgeschrittensten Elemente durch bizarre Gläubigkeit in die moralische Kraft des Urteils einer kleinbürgerlichen Jury gegenüber einer bis an die Zähne bewaffneten Bourgeoisie. Anstatt die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von solchen klassenfremden Einflüssen zu erkämpfen, organisieren diese angeblichen Revolutionäre Veranstaltungen für die Ideologe der liberalen Menschlichkeit, auf denen diese ihr lähmendes Gift in die Arbeiterbewegung verspritzen und der Besorgnis des liberalen Europas über das „Modell Deutschland“ Ausdruck verleihen.



## Der „linke Flügel“: Russell-Tribunal gegen den Kapitalismus

Der Spartacusbund forderte gemeinsam mit dem KB die Aufarbeitung der gesamten Skala der Repression in der BRD das ist der einzige praktische Unterschied zum „rechten Flügel“ des Unterstützungskomitees für ein Russell-Tribunal. So schreibt der Spartacusbund in *Spartacus* Nr. 36:

> „Erst die Klärung dieser Fragen gibt eine Antwort darauf warum nur kleine Teile der Bevölkerung von der Repression betroffen sind und welche Teile dies sind. Nur so kann weiter geklärt werden, welcher Großteil der Bevölkerung der Repression gleichgültig gegenübersteht und warum er sich nicht aktiv zur Wehr setzt. Erst aus dieser Analyse des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses kann diese Initiative für ein Russell-Tribunal auch ein fundiertes Konzept entwickeln, wie der kleine Teil, der sich aktiv gegen die Repression zur Wehr setzt, jenen Teil der Bevölkerung zum Mitkämpfen gewinnen kann, der auch unmittelbar von der Repression betroffen ist, sich aber nicht aktiv zur Wehr setzt.“

In einer Welt von „Menschen“ und „Menschenrechten“ fällt der Spartacusbund natürlich auf die tautologische Plattheit von kleinen und großen Teilen der „Bevölkerung“, „Aktiven“ und „Gleichgültigen“ zurück, deren Verhältnis zueinander und deren Motivation Antwort auf das „gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis“ gibt, nicht aber der Kampf von Klassen. Dieses mit einer Analyse ausgehend von „Gleichgültigen“ und „aktiv sich Wehrenden“ zu ändern oder gar umzustürzen, dürfte dem Spartacusbund schwerfallen, zumal er selbst in kleine und große Teile, aktive und gleichgültige, zerfallen ist.

Sein Vorschlag, im Rahmen der Arbeit der Initiative die Genossen Roth und Otto „aus den Klauen der Klassenjustiz“ (ebenda) zu befreien, dürfte nicht nur aus terminologischen Gründen wie eine Seifenblase zerplatzen. Als die TLD Ende März im Zusammenhang mit dem gerade aufgedeckten Stammheimer Abhörskandal an die Organisationen der Arbeiterbewegung und an das Westberliner Unterstützungskomitee mit der Aufforderung herantrat, in einer Aktionseinheit den Kampf um die bedingungslose Freilassung der RAF-Genossen aufzunehmen, hielt es das Komitee nicht einmal für nötig, diesen Vorschlag zu diskutieren, geschweige denn, sich zu Aktionen bereit zu erklären, sondern bemühte stattdessen eine Reihe von Nichtbefassungsanträgen. Dies nicht aus den vorgetäuschten formalen Begründungen (mit der Versicherung, darüber Material zu sammeln), sondern aus

# Weg mit den Terrorurteilen gegen die RAF-Genossen!

Die Bourgeoisie kann zufrieden sein. Nach dem Stammheimer Prozeß ist jetzt auch, am zweiten Juni, der „kleine" Baader-Meinhof-Prozeß über die Bühne gelaufen. Klaus Jünschke und Manfred Grashof wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, der dritte Angeklagte, Wolfgang Grundmann, wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" „nur" zu vier Jahren; er mußte freigelassen werden, da er bereits viereinhalb Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte! Dem Klassenterror der Bourgeoisie muß durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse ein Ende bereitet werden! Ensslin und Raspe, Jünschke und Grashof Roth und Otto, Günter Sonnenberg (dem die Polizei das Gehirn zerschossen hat), Verena Becker und all die anderen Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz - wir fordern ihre sofortige und bedingungslose Freilassung!

Im folgenden drucken wir eine Protestnote des amerikanischen Partisan Defense Committee (PDC) gegen die Verurteilung der RAF-Genossen an die Bundesregierung ab. Das PDC ist eine klassenkämpferische und antisektiererische Verteidigungsorganisation, die mit den politischen Ansichten der Spartacist League/US (Sektion der internationalen Spartacist Tendenz) übereinstimmt. Das PDC beteiligt sich ohne sektiererische oder fraktionelle Einschränkung an der Verteidigung aller Bestandteile der Arbeiterbewegung und aller anderen Opfer des bürgerlichen Klassenterrors. Es steht in der Tradition der „International Labor Defense" (Internationale Arbeiterverteidigung) unter der Führung ihres Gründers und ersten Sekretärs, James P. Cannon (1925-28).

Bundeskanzler Helmut Schmidt
Bonn, Westdeutschland

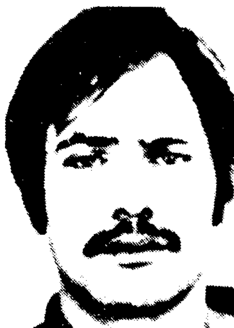
Der zweijährige Schauprozeß gegen die Rote Armee Fraktion (von den bürgerlichen Medien als „Baader-Meinhof-Bande" bezeichnet) ist beendet, aber die reaktionäre Hetzjagd in Westdeutschland wird fortgesetzt. Das kapitalistische Gericht, das sowieso nichts andres als eine bloße Farce darstellt, hat Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu lebenslänglicher Haft verurteilt, nachdem es zuvor zwei ihrer Genossen (Ulrike Meinhof und Holger Meins) in den Märtyrertod geschickt hatte.

Die Angeklagten werden beschuldigt, Symbole des verbrecherischen Imperialismus angegriffen zu haben, was in den Augen der Arbeiterklasse kein Verbrechen ist. Im Gegenteil, es ist vielmehr Ihre Regierung, die die Hexenjagd initiierte — mit den hinterhältigen Angriffen auf die elementarsten demokratischen Rechte der Angeklagten, mit schwarzen Listen auf nationaler Ebene, auf denen Radikale registriert werden, mit dem Schutz von Nazi-Kriegsverbrechern — die als der wahre Terrorist überführt dasteht.

Wir fordern, daß alle Anklagen gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und die anderen Opfer des westdeutschen bürgerlichen Klassenterrors zurückgezogen und daß diese sofort freigelassen werden.

13. Mai 1977

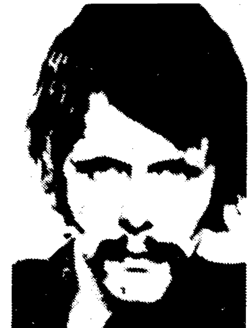
Partisan Defense Committee
Box 633, Canal Street Station
New York City, NY 10013


**Andreas Baader**


**Ulrike Meinhof**


**Gudrun Ensslin**


**Holger Meins**


**Jan-Carl Raspe**

panischer Angst heraus, durch Ergreifung von Maßnahmen in Solidarität mit den als „kriminelle Terroristen" diffamierten Genossen der RAF die liberale Bourgeoisie in ihr Schneckenhaus zurückzujagen, noch bevor sie es eigentlich verlassen haben würde.

An diesem Punkt beginnt auch die Strategie des KB Gestalt anzunehmen: ein Russell-Tribunal soll die gesamte Skala der bürgerlichen Repression behandeln und so die Möglichkeit schaffen *„dadurch* eine breite A*ntirepressionsbewegung* aufzubauen" (unsere Hervorhebung, Aufruf des KB zur Veranstaltung am 13. Juni). Ganz offensichtlich würde eine solche „Antirepressionsbewegung" die minimalsten Kriterien der *Klassenunabhängigkeit* nicht erfüllen. Dieses dauernde Bündnis von vorgeblichen Revolutionären mit der kleinbürgerlichen Demokratie und Schatten der liberalen Bourgeoisie „gegen Polizeistaat und Repression" orientiert sich unverkennbar am Vorbild der stalinistischen „antifaschistischen Front", die schon zu Zeiten Trotzkis als Bremsklotz der Revolution bekämpft wurde. Ihre Quelle (KB) und ihr theoretischer Boden (reformistische Etappentheorie) werden vortrefflich ergänzt durch die liquidatorische Kapitulation von Spartacus-IT, die ihr die Aufgabe zuweist, Analyse, Programm und Taktik zu entwickeln, um so den Verrat von morgen vorzubereiten.

Die Initiative zur Unterstützung eines Russell-Tribunals ist ein konsequenter Propagandablock und zeigt so dessen Wesen in vollendeter Form auf: Liquidation von Programm und Organisation in Ersatzavantgarden und Unterwerfung unter die kleinbürgerliche Demokratie. Die dem zu Grunde liegende faule Blockpolitik entspricht ihrer Methode nach der Volksfront, ohne selbst das Gewicht und die Kraft einer solchen Formation zu besitzen.

### Für die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse!

Die Dewey-Kommission, die 1937 zusammentrat, um über die Anklagen gegen Trotzki zu urteilen, die in seiner Abwesenheit in den Moskauer Prozessen gegen ihn erhoben worden waren, hatte den Zweck, den Verleumdungen der stalinistischen Fälscher-Clique mit dem Urteil integerer unparteiischer Persönlichkeiten entgegenzutreten. Indem sie Trotzki von allen Anklagepunkten freisprach, wurde sie eine scharfe Waffe im politischen Kampf der Vierten Internationale gegen die unglaublichen Hetztiraden, mit denen die Epigonen Stalins noch heute ihre fehlenden politischen Argumente ersetzen. Niemand verfiel auf den verqueren Gedanken, dadurch eine „breite“ antistalinistische „Bewegung“ aufzubauen - das wäre den revolutionären Zielen Trotzkis und der Vierten Internationale entgegengesetzt. Die wütende stalinistische Hetze gegen die Person Trotzkis wendete sich gegen ihn als lebendige Verkörperung der Erfahrungen der revolutionären Komintern, der Oktoberrevolution und gegen die Schule der bolschewistischen Partei im Geiste Lenins. Die Vierte Internationale hat programmatisch den Bolschewisten Trotzki verteidigt und konnte so im Kampf um die stalinistischen Arbeiter einen Schritt vorwärts machen. Diese Politik war nur möglich durch programmatische Klarheit und organisatorische Geformtheit.

Trotzkisten werden nicht die Arbeiterbewegung desorientieren, indem sie ihr ein Russell-Tribunal gegen den Terror der Bourgeoisie anbieten. Würde jedoch ein Russell-Tribunal aus integeren Persönlichkeiten über die bürgerliche Repression in der BRD zusammentreten, so würde die TLD seine Impulse unterstützen, indem sie ihm Material zuleiten würde, gleichzeitig würden wir jede Schwäche und Halbherzigkeit ausnutzen, um die naturgegebenen Grenzen dieser kleinbürgerlichen Jury schonungslos aufzuzeigen. Jede taktische Möglichkeit, das Programm des revolutionären Trotzkismus in die Massen zu tragen, muß ausgenutzt werden. Anstatt der kleinbürgerlichen Hilflosigkeit zu erliegen, muß die Arbeiterklasse durch proletarische Aktionseinheiten in den Kampf gegen bürgerliche Klassenparagraphen geführt werden.

Lenin hat bereits in den Jahren 1902/03 in der Auseinandersetzung mit den Ökonomisten einen Kampf um revolutionäre Politik und das richtige Verständnis des Parteiaufbaus geführt. Gegen die „ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie“ stellte er die Notwendigkeit, die Arbeiterbewegung unter „die Fittiche der revolutionäre Sozialdemokratie zu bringen“ (Lenin, *Was tun,* Werke 5). Die vorgeblich revolutionären Organisationen versuchen nicht, diesen Kampf zu führen, wie ihr Nachlaufen hinter Bewegungen wie „autonome“ Frauenbewegung, Anti-KKW-Bewegung, Russell-Tribunal-Antirepressionsbewegung zeigt. Diese Bewegungen haben *ein* gemeinsames Merkmal: sie überqueren die Klassenlinie und lenken ab von der zentrale Aufgabe, nämlich der Mobilisierung der Arbeiterklasse. Für Trotzkisten ist es eine revolutionäre Pflicht, die Klassenlinie zu ziehen, um die subjektiv revolutionären Elemente um di historischen Interessen der Arbeiterklasse, den Kampf für die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaft, zu formieren. Und zwar bevor sie sich, mangels revolutionärer Perspektive, resignierend aus der aktiven Politik zurückziehen. ■

---

# Frauenbewegung...

*Fortsetzung von Seite 4*

in ein Familienblatt protestierte und gegen den Ersten Weltkrieg opponierte. So waren es die Bolschewiki, die proletarische Frauen um die Zeitung *Rabotnitza* (Arbeiterin) organisieren konnten und die sich nach der Eroberung der Staatsmacht durch die Gründung der Übergangsorganisation *Zhenotdel* und der Zeitung *Kommunistika* (Kommunistin) mit aller Kraft um die Emanzipation der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen bemühten. Es waren die Bolschewiki, die erste Experimente damit machten, die bürgerliche Familie durch gesellschaftliche Haushaltseinrichtungen, Kindergärten usw. zu ersetzen, die die Abtreibung legalisierten und Ehe- und Scheidungsbestimmungen vereinfachten. Der stalinistische Thermidor jedoch zerstörte diese ersten zarten Ansätze und erklärte die Familie erneut zur „Keimzelle“ einer angeblich sozialistischen Gesellschaft. Und umgekehrt auch haben sich Frauen oft als besonders heroische Kämpferinnen der Revolution erwiesen. Im Gegensatz zur Darstellung in den stalinistischen „Arbeiter“romanen waren es nicht nur die ‚garten Männer“, sondern tapfere, zähe Frauen, die hervorragende Kämpfe im zaristischen Rußland führten. Perbwskaja, Figner, Wolkenstein, Sassulitsch seien nur als Beispiele genannt. Petersburger Textilarbeiterinnen waren es, die am Internationalen Frauentag 1917 den ersten Funken der Revolution entzündeten, Frauen, die im Bürgerkrieg heldenhaft kämpften oder die unter Einsatz ihres Lebens für die Emanzipation der Frauen im islamischen sowjetischen Osten wirkten.

Die Aufgabe der internationalen Spartacist Tendenz ist es, diese verschütteten, abgerissenen Traditionen wieder zu entdecken. Unsere Aufgabe ist es, aus der großartigen Geschichte der revolutionären Frauenbewegung zu lernen.

### Pabloistische Dynamik und Neue Weltrealitäten

Für die vorgeblich revolutionären Organisationen jedoch sind diese Traditionen längst vergessen und „überholt“. Die maostalinistischen Organisationen wie KPD, KPD/ML oder KBW, die eine besondere Unterdrückung der Frau leugnen, die Frauenfrage nur auf den Produktionsprozeß bezogen verstehen können, die von der „Entfaltung der Familie im Sozialismus“ (KPD/ML) sprechen und in deren Zentralkomitees man dann auch die üblichen „Männer, die die Revolution machen“, antrifft, wollen wir hier unberücksichtigt lassen. Zu leicht wäre es, gegen deren reaktionäre Ignoranz zu polemisieren.

Wichtiger ist der Kampf gegen die vorgeblich trotzkistischen Organisationen wie GIM und Spartacusbund, die Clara Zetkin zur altmodischen Großmutter erklären, um ihre Liquidationspolitik in der „Neuen Massenavantgarde“ ungehinderter betreiben zu können. In dem in *Inprekorr* Nr. 81

erschienenen Artikel: „Die Frauenbewegung und der Klassenkampf von Jacqueline Heinen wird das Argument der „neuen Weltrealitäten“, das schon so oft dazu hatte herhalten müssen, den Trotzkismus zu verraten, auch auf die Frauenbewegung übertragen:

„ ‚Der Frau ihre vollständige Befreiung und Gleichberechtigung verschaffen, was in vollem Umfang nur durch die Partei insgesamt erreichbar ist', war die Losung, die sich aus den ‚Thesen zur Propagandaarbeit unter den Frauen' des III. Kongresses der Komintern ableitete. Die ökonomischen Schwierigkeiten damals, der hohe Grad an Analphabetismus bei den Arbeiterfrauen, die halb-feudalen Familienstrukturen in einem Land wie der UdSSR und das erdrückende Gewicht der reaktionären Ideologie bei den Frauen in Bezug auf ihre natürliche' Rolle in der Gesellschaft, der vollständige Mangel an Aufklärung betreffs Verhütungsmittel - all das erklärt, warum die Bolschewiki ihre ganze Aufmerksamkeit dem Kampf für eine Veränderung der objektiven Mißstände widmeten und sich auf die Durchsetzung von Gesetzen zur Frage der Frauenarbeit, des Scheidungsrechts und der Abtreibung konzentrierten und in ihren Plänen die Bedeutung von Gemeinschaftseinrichtungen besonders hervorhoben. Dies erklärt auch, warum die KPn der Komintern allesamt der Auffassung waren, daß der Kampf für die Befreiung der Frau gleichbedeutend mit dem Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz des bürgerlichen Staates sei. Dies ist zwar richtig, reicht aber nicht aus. Ihre energische Ablehnung jeglicher getrennter Frauenorganisierung in Gewerkschaften oder anderen Arbeiterorganisationen sowie ihre Behauptung, es gäbe keine ‚frauenspezifischen' Fragen, beweisen klar, daß die Revolutionäre in den 20er Jahren die Bedeutung und die Dauer des Kampfes, den es auf der subjektiven Ebene zu führen gut, völlig unterschätzten.“

Wie wir gesehen haben, hat die Kommunistische Internationale sehr wohl den besonderen Charakter der Frauenfrage erkannt und daraus die Notwendigkeit abgeleitet, mit besonderen Methoden und der Hüfe besonderer (jedoch nicht abgesonderter!) Organe die Arbeit unter den Frauenmassen voranzutreiben. Keineswegs haben sich die Bolschewiki allein der Veränderung „objektiver“ Mißstände gewidmet oder gar auf einige Gesetzesänderungen konzentriert. Ganz unsinnig ist dieser Vorwurf natürlich gegenüber den übrigen kommunistischen Parteien, die nicht die Staatsmacht innehatten.

Auch der Kampf der deutschen kommunistischen Frauenbewegung wird in verzerrter Form dargestellt. Der revolutionäre Kampf des linken Flügels der Sozialdemokratie vor 1914 um die Zeitung *Die Gleichheit* wird beiläufig erwähnt, um im gleichen Atemzug festzustellen, wie stark auch in der Frauenfrage die revisionistische Richtung in der Sozialdemokratie gewesen ist. Verschwiegen wird, daß *Die Gleichheit* als ein Umgruppierungsinstrument in der Partei *gegen* die Vorstellungen etwa des Revisionisten Edmund Fischer fungierte. Worauf es Heinen allein ankommt, ist offenbar die von ihr als Wundermittel gepriesene „getrennte Frauenorganisierung in Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen“, wobei zu letzteren vor allem wohl die revolutionäre Partei selbst zu zählen ist, und das Ganze dann die Dynamik einer mystischen „Autonomie“ entfalten soll. Der „Fehler“ der Bolschewiki liegt nach Heinen in der Unterschätzung der Bedeutung und Dauer des Kampfes auf subjektiver Ebene. Die Genossen der Leninschen Komintern hätten sich daran erinnern sollen, wie einflußreich die reaktionären Theorien Proudhons und Lassalles über die Rolle der Frau noch gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts waren, um vorhersehen zu können,... wie es mit der Frauenbefreiung im Jahre 1977 aussehen werde.



Clara Zetkin

Das Argument von der „Dauer des Kampfes“ klingt aus vorgeblich trotzkistischem Mund höchst seltsam, da es völlig von der stalinistischen Konterrevolution absieht. Mit demselben Recht könnte man den Bolschewiki den Vorwurf machen, sie hätten bei der Organisierung der Tscheka die Stalinschen Säuberungen der dreißiger Jahre nicht vorhergesehen!

Zwei Abschnitte weiter schreibt Heinen dann:

„... das Schweigen der Reformisten in der Frage der Unterdrückung der Frau während der letzten 50 Jahre, die stalinistischen Lobeshymnen auf die proletarische Familie haben nur dazu geführt, auf diesem Feld den rückständigsten, von der Bourgeoisie, ihrer Kirche und ihrem Staat manifestierten Ideen freien Lauf zu lassen.“

Jedoch, wie in der Revolution, so gibt es auch in der Konterrevolution eben keine frauenspezifischen Fragen. Denn was auf „diesem Feld“ geschah, steht doch wohl in allerengstem Zusammenhang mit dem, was auf anderen „Feldern“ in den letzten fünfzig Jahren alles geschehen ist, und worüber Trotzkisten einiges zu sagen haben sollten.

Den Höhepunkt der Konfusion erreicht Heinen, wenn sie schreibt:

„Der Kampf, der jetzt geführt werden muß, damit die Gewerkschaften und die Organisationen der Linken und der extremen Linken –einschließlich unserer eigenen – beginnen, *in ihrer Praxis* die traditionelle Rolle der Frauen in Frage zu stellen, ihre Unterordnung unter die Männer, die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Familie, ist nur ein Vorgeschmack von dem, den wir nach dem Sturz des bürgerlichen Staates führen werden müssen, damit die Arbeiterorganisationen sich nicht auf Forderungen und Aktionen beschränken, die nur ökonomische Probleme berühren, wie das bisher der Fall war“ (Hervorhebung im Original).

Daß auch nach der proletarischen Machteroberung die Revolution bewußt voran, in die Breite und Tiefe getrieben werden muß, gehört zum A und 0 des Programms der sozialistischen Revolution. Wer annimmt, eine Revolution sei überhaupt möglich, solange die „Arbeiterorganisationen“ sich borniert auf ökonomische Probleme beschränken, solange die revolutionäre Partei noch nicht die *politische Hegemonie* in

der Arbeiterbewegung errungen hat, der verwirft die Idee der Revolution überhaupt und sollte sich lieber einer „Selbsterfahrungsgruppe“ in einem Frauenzentrum anschließen, als über die Aufgaben nach dem Sturz des bürgerlichen Staates zu schwadronieren. i

Vor allem aber: wer ist da wohl dieses „wir“, das auch nach der Revolution den Kampf gegen den angeblich naturwüchsigen Ökonomismus der Arbeiterorganisationen zu führen hat? Die in „autonomen Strukturen“ organisierten Frauen oder „wir Kommunistinnen und Kommunisten“? Wir unterscheiden uns von Heinen und anderen Vertretern kleinbürgerlicher Konfusion nicht darin, daß wir etwa die Aufgabe leugneten, schon heute unermüdlich in den Gewerkschaften den Kampf gegen die Entmündigung der weiblichen Mitglieder (als besonders zugespitzter Ausdruck der Entmündigung *aller* Mitglieder durch die Bürokratie) und für die Aufnahme von Forderungen führen, die die besondere Unterdrückung der Frauen aufgreifen. Aber diese Forderungen sind Teil *unseres,* von der revolutionären Avantgarde in die Arbeiterklasse hineinzutragenden Übergangsprogramms, und dieser Kampf ist integraler Bestandteil des revolutionären Kampfes gegen das Kapital und seine Agenten in der Arbeiterbewegung.

Auch braucht Heinen uns nicht zu belehren, daß eine revolutionäre Organisation ihren Anspruch verwirkt, wenn sie es nicht versteht, „in ihrer Praxis die traditionelle Rolle der Frauen in Frage zu stellen“. Doch wenn Heinen fordert, dieser Kampf müsse nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in den „Organisationen der Linken und extremen Linken ... beginnen“, dann zeigt sie damit nur, daß sie sich nicht als Mitglied einer revolutionären Avantgarde begreift, deren Aufgabe ja nicht die Reform, sondern die politische Zerschlagung solcher vorgeblich sozialistischen und kommunistischen Organisationen ist. Sie fühlt sich vielmehr als Repräsentant der „autonomen Frauenbewegung“, welche ***ihre*** Ideen in die diversen Organisationen der „männerbeherrschten Linken“ hineinträgt. Aus welchen Gründen sich Jaqueline Heinen gerade das Vereinigte Sekretariat (VS) zu ihrem Arbeitsfeld gewählt hat, wird nirgends einsichtig; aber wahrscheinlich konzediert sie dieser ihrer „Zweitorganisation“ das Recht, zu nicht „frauenspezifischen“ Fragen der „Linken und extremen Linken“ einen bunten Strauß pabloistischer Ideen anbieten zu dürfen. Das Ganze heißt dann wohl „dialektische Wechselwirkung“ oder so ähnlich.

Bei dieser Form der Arbeitsteilung von Männer- und Frauenpolitik sind wir dann auch nicht mehr erstaunt zu hören, daß die „Autonomie der Frauenbewegung“ vom VS nicht nur bis hin zur Eroberung der Staatsmacht, sondern auch darüber hinaus gefordert wird: „Eine in ihrer Struktur autonome Bewegung ist heutzutage notwendig, aber sie wird auch morgen, in der Übergangsperiode, notwendig sein, weil reaktionäre Ideen nicht wie Schnee unter der Sonne neuer sozialer Beziehungen schmelzen werden.“

Dies ist nun das letzte Eingeständnis des eigenen Bankrotts! Die vorgeblich revolutionären Parteien der vorgeblichen Vierten Internationale erklären sich für unfähig, Bedingungen für die Befreiung der Frau aus der gesellschaftlichen Unterdrückung nach der Eroberung der Staatsmacht zu schaffen. Denn wie „Schnee unter der Sonne“ schmelzen diese Ideen natürlich nicht. Sie erklären sich für unfähig, den Sozialismus zu erreichen! Sie delegieren diese für den Aufbau des Sozialismus unerläßliche Maßnahmen an eine nichtkommunistische, autonome Frauenbewegung. Letztlich ist der Artikel der Genossin Heinen ein Eingeständnis dafür, daß das VS nicht im Ernst daran glaubt, jemals eine Revolution erfolgreich durchfuhren zu können. Würden diese Bankrotteure doch endlich auch den Anspruch darauf fallen lassen!

### Die doppelte Kapitulation des Konrad Eckhoff

Im Zentristensumpf des Vereinigten Sekretariats gibt es natürlich auch linkere Varianten. So bedient sich Konrad Eckhoff in seinem Aufsatz „Feminismus und Marxismus“ in *die internationale* Nr. 8 gelegentlich der scharfen analytischen Waffe des Marxismus — so in seiner Kritik der Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ - um sich jedoch nur als linke Flankendeckung der liquidatorischen Politik der GIM zu entpuppen. So landet schließlich auch Eckhoff bei der Konsequenz der „autonomen Frauenbewegung“.

Doch „Konsequenz“ ist hier kaum das richtige Wort, und Eckhoff landet bei ihr auch eher in Form einer Bruchlandung. Was in Heinens impressionistischem Potpourri ohnehin nicht zu erwarten war, vermag auch der „analytische Kopf Eckhoff nicht zu leisten: eine inhaltliche Bestimmung dessen, was eigentlich die Substanz dieser Autonomie sei. Beide versuchen allerdings eine Art „historischen Stellenwert“ ihrer Autonomieforderung anzugeben und kommen dabei — wen kann es überraschen — genau zu den entgegengesetzten Schlußfolgerungen.

Während Heinen behauptet, vor etwa zehn Jahren hätten „die revolutionären Marxisten angesichts des Drucks der entstehenden Bewegung“ (!) „... die entscheidende Bedeutung der Existenz von nichtgemischten Gruppen und einer autonomen Frauenbewegung“ erkannt und damit eine grundlegende Schwäche der Komintern überwunden, schreibt Eck-



**Frauen unter dem Banner des Kommunismus: Spartakus-Demonstration.**

hoff: „In der gegenwärtigen Etappe jedoch, die einerseits von der Rückständigkeit proletarischen Bewußtseins gerade in der Frauenfrage, andererseits der Schwäche der Kommunisten, die eben noch keine anerkannte Vorhut sind, gekennzeichnet wird, ist die Herausbildung einer autonomen Frauenbewegung unvermeidlich und notwendig."

Gewiß: Je schwächer die Kommunisten, mit desto unvermeidlicherer „Eigengesetzlichkeit" (deutsche Übersetzung des Wortes „Autonomie") wuchern die Manifestationen kleinbürgerlicher Rebellion; genauso unvermeidlich aber sind die Sackgassen, in der solche Bewegungen „notwendig" enden. Kommunisten stehen diesen Erscheinungen keineswegs gleichgültig gegenüber, vielmehr intervenieren sie so aktiv wie möglich, um die besten Elemente aus dem kleinbürgerlichen Sumpfmilieu herauszuziehen. Die Methode der GIM ist es jedoch, diese diversen Sümpfe als „Avantgarden" hochzujubeln, und auch Konrad Eckhoff vermag sich dem nicht zu entziehen.

Zwar schreibt er in *die internationale* Nr. 10 in einer Polemik mit Kritikern seines Artikels (die offensichtlich der besonders verrotteten Position der amerikanischen Socialist Workers Party nahe stehen): „Wenn wir auch Forderungen aufstellen, die sich auf die besondere Unterdrückung der Frau beziehen, so haben wir dennoch *kein besonderes, getrenntes Programm* für die Frauenbefreiung. Unsere Forderungen sind integraler Bestandteil unseres Übergangsprogramms für die sozialistische Revolution."

Sehr richtig! Doch führt eine solche Einsicht auch bei diesem Genossen zu keiner revolutionären Konsequenz. Eckhoffs schwachbrüstiges Plädoyer für die Autonomie der Frauenbewegung ist nicht aus der doppelten Unterdrückung der Frau abgeleitet, sondern entspringt eher seiner eigenen doppelten Kapitulation. Er versucht einfach, die GIM-Nachtrabpolitik gegenüber dem Feminismus durch eine workeristische Hervorhebung der Gewerkschaftsarbeit zu „verschönern", ähnlich wie einst die Kompaß-Fraktion der GIM dem Begriff der „Neuen Massenavantgarde" den genauso schwammigen Begriff der „Arbeitervorhut" entgegenstellte. Eckhoff graust es vor der Perspektive anderer GIM-Genossen, verstärkt arbeitende Frauen in die gegenwärtigen Frauenzentren zu ziehen. Das hieße, „die proletarischen Frauen von ihrem sozialen Bereich wegzuorientieren". Der „Kampf gegen die vielfältigen Formen der täglichen Unterdrückung" könne dort nicht praktisch geführt werden. „Dies kann nur in den Betrieben, in den Gewerkschaften geschehen, und hier sollten sich die proletarischen Frauen zu autonomen Gruppen zusammenschließen."

Arbeitertümelnder Betriebsfetischismus führt letztlich immer zur *Kapitulation vor der Gewerkschaftsbürokratie.* Politisch buntscheckige „linke" Gewerkschaftstendenzen sind nicht nur unfähig, den Kampf gegen die Bürokraten von heute zu führen; sie sind auch in nicht geringem Maße die Brutstätten für die Bürokraten (und Bürokratinnen) von morgen. „Autonome Frauenstrukturen" in den Gewerkschaften machen da keine Ausnahme; sie werden allenfalls von der Bürokratie als leicht kontrollierbare Spielwiese geduldet werden.

Nicht darum geht es, den Frauen die magische Formel „Betrieb und Gewerkschaft" entgegenzuhalten; unsere Aufgabe ist vielmehr, das revolutionäre Programm in die Organisationen der Arbeiterklasse, in die Gewerkschaften, hineinzutragen und gegen die Gewerkschaftsbürokratie für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat zu kämpfen. Und das Wort „revolutionär" verdient dieser Kampf dann nicht, wenn er sich nicht gegen den ständigen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an den proletarischen Frauen wendet. Es gut, für die Organisierung der arbeitenden Frauen in den Gewerkschaften zu mobilisieren. Es gut, Frauen und Männer im Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind zusammenzuschweißen. Und in diesem Kampf wird es auch den zurückgebliebensten Teilen des männlichen Proletariats klar werden, daß der Sieg nur durch die tatkräftige Beteiligung der Frauen errungen werden kann. *Der Kampf für die Befreiung der Frau gehört zum Programm jeder kommunistischen Gewerkschaftsfraktion.* -

Heinen wie auch Eckhoff sind beide ein Ergebnis der tristen Wirklichkeit in den Sektionen des „Vereinigten" Sekretariats. Feministische Tendenzen haben dort nicht zufällig in letzter Zeit so starken Widerhall gefunden, weil in dieser schwammigen, von Cliquenkämpfen zerrissenen Organisation das innere Leben in der Tat von einem „naturwüchsigen" männlichen Chauvinismus geprägt wird, der die Genossinnen leicht dazu verleitet, ihrerseits mit ebenfalls cliquistischen Tendenzen zu antworten. Wir halten es z. B. nicht für zufällig, daß die GIM bei den letzten Bundestagswahlen keine einzige Genossin aufstellen konnte. Genausowenig zufällig wie die Tatsache, daß in der internationalen Spartacist Tendenz Frauen in den Führungsgremien der Sektionen sehr stark vertreten sind.

Die Bildung solcher Frauengruppierungen innerhalb der Organisation wird dadurch erleichtert, daß es im VS überhaupt unüblich ist, sich zu harten, entschlossenen politischen Fraktionen zusammenzuschließen, wozu die Frauenposition des VS gewiß einen Anlaß böte. Opponenten zur herrschenden Parteiclique finden sich in weichen, konturlosen Tendenzen zusammen, zwischen denen die Parteiführung bonapartistisch manövriert. Das Konzept einer revolutionären Partei degeneriert zur Föderation von Cliquen und Interessengruppen. In den bisher seltenen Fällen, wo sich ernsthafte oppositionelle Tendenzen gebildet haben - wie die Revolutionär Tendency 1961-63 in der SWP und die Genossen in der LCR, die jetzt unsere französische Schwesterorganisation führen — da werden sie mit bürokratischen Methoden ausgeschlossen.

### Bündnispolitik eines Zerfallsproduktes

Als wir vor mehr als drei Jahren unsere Sondernummer zur Frauenfrage *(Kommunistische Korrespondenz* Nr. 2,

April 1974) herausbrachten, konnten wir hinsichtlich des Spartacusbundes nur dessen völlige Abstinenz in dieser Frage feststellen. Jahrelang hat sich daran nichts geändert. Erst vor einigen Monaten, als der Zerfallsprozeß dieser zentristischen Organisation bereits die inzwischen eingetretene Spaltung andeutete, hat die „Internationalistische Tendenz“ (IT) plötzlich die Frauenfrage entdeckt. Die Ergebnisse sind nicht so überraschend, wie es auf den ersten Blick erscheint; zickzackartige Schwankungen gehören zum Wesen des Zentrismus, und so fiel es der IT wohl nicht schwer, sich zum uneingeschränkten Fürsprecher der „Autonomie der Frauenbewegung“ aufzuwerfen.

In *Spartacus* Nr. 35 versuchten Vertreter der IT den Lesern noch weiszumachen, bei der „Autonomie“ handele es sich nur um „organisatorische Autonomie dieser Bewegung in bezug auf die revolutionäre Partei“. Offenbar jedoch eine Unabhängigkeit von der Art, daß man/frau es in dem neuen IT-Blättchen *Frauen auf die Barrikaden* nicht mehr für notwendig hält, in dem Abschnitt „Weshalb verteidigen die revolutionären Marxisten die Autonomie der Frauenbewegung?“ die Partei überhaupt noch zu erwähnen. Stattdessen finden sich unter anderem folgende Aussagen dieser „revolutionären Marxisten“:

> „Dem (sie!) männlichen Chauvinismus... können die Frauen nur geschlossen und vereint bekämpfen... Die Selbstorganisation von Frauen müssen wir als bewußten Kampfschritt gegen die repressiven und vereinzelnden Strukturen der bürgerlichen Kleinfamilie verstehen und als Ansatz für solidarische und emanzipatorische Formen des Zusammenlebens...
> Die Stärke, die sie durch die Solidarität gewinnt, muß die Frauenbewegung politisch *handelnd* entfalten.“

Das Ganze gipfelt in einer völligen Neufassung des Leninschen Bündnisbegriffs, der Bündnisse des Proletariats mit Teilen des werktätigen Kleinbürgertums (z. B. den ärmeren Schichten der Bauernschaft) zum Inhalt hatte:

> „Die Frauenbewegung muß sich einen gleichberechtigten Platz gegenüber den Organisationen der Arbeiterbewegung erkämpfen. Indem sie gegen männliche Bevormundung kämpft, darf sie nicht vergessen, daß sie das Ziel hat, die Männer der unterdrückten Klassen als Bündnispartner zu gewinnen, und daß sie selbst Bündnispartner in deren Kämpfen ist.“

Am 1. Mai drückte sich diese Politik in Frankfurt bereits in einer besonders verrotteten Form von „Arbeitsteilung“ aus: „Frauenforderungen“ wurden in dem vom Spartacusbund unterstützten Frauenblock getragen, „Männerpolitik“ überließ man dem Block der Partei.

Als Rechtfertigung solch gleichzeitig kapitulantenhafter wie auch männlich-chauvinistischer Politik schreibt die IT: Die Frau müsse „ein neues Selbstbewußtsein über ihre Probleme, Wünsche, Gefühle und ihren eigenen Willen“ entwickeln. Hier wird ein Etappenmodell der Bewußtseinsentwicklung aufgestellt, das nie und nimmer das revolutionäre Bewußtsein erreichen wird, sondern dazu beiträgt, das Bewußtsein der Frauen mit kleinbürgerlicher Ideologie zu vernebeln.

. So nimmt es nicht Wunder, daß die IT der Frauenbewegung hoch und heilig völlige Loyalität zusichert:

> *„Unsere Mitarbeit hat nicht die Spaltung der Frauenbewegung zum Ziel, wie es von einigen Frauengruppen behauptet wird, sondern die gemeinsame Diskussion und Aktion in der Perspektive der Beseitigung der kapitalistisch-patriarchalischen Verhältnisse!“* (Hervorhebung im Original)

Damit wird der Anspruch auf die Avantgarderolle der revolutionären proletarischen Partei völlig negiert.

### Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!

Die internationale Spartacist Tendenz hat sich die Aufgabe gestellt, in den revolutionären Traditionen der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki zur Frauenfrage zu kämpfen. Unsere älteste und erfahrenste Sektion, die Spartacist League/US hat seit Jahren eine Frauenkommission des Zentralkomitees eingerichtet. Mit der dreimal jährlich erscheinenden Zeitschrift *Women and Revolution* sowie ihrer exemplarischen Gewerkschaftsarbeit, versucht sie Frauen für die proletarische Revolution in den US. zu organisieren. Unsere australische Sektion kämpft seit Jahren gegen die feministischen Irreführer, die es nicht schaffen, die Frauenbewegung aus ihrer anhaltenden Krise zu führen.

Auf dem internationalen Frauentreffen in Paris Ende Ma dieses Jahres initiierte die internationale Spartacist Tendern eine Diskussion zu dem Thema „Feminismus oder Marxismus“, die nach einem Einleitungsreferat einer ZK-Genossin der TLD weit über 100 Frauen zu einer mehrere Stunden dauernden Diskussion bewegte. Diese Diskussion brachte eine klare Gegenüberstellung der Strategien des Feminismus und der des revolutionären Marxismus. Eine amerikanische und eine australische Genossin unserer Tendenz konnten au Beispielen von Klassenkämpfen die letztlich konterrevolutionäre Konsequenz des Feminismus aufzeigen.

Auch die TLD wird sich weiterhin gemäß ihren Kräften dem Kampf um die Frauenbefreiung widmen. Die Fahne de Frauenbefreiung ist nicht die des Feminismus oder die der vor diesem kapitulierenden vorgeblich revolutionären Organisationen. Allein die in den Klassenkämpfen - und d. h. auch in den Kämpfen der ausgebeuteten und unterdrückten proletarischen Frauenmassen — wiederzuschaffende Vierte Internationale kann den Kampf zur Befreiung der Frau, zur Befreiung der gesamten Menschheit, zum Sieg führen. ■

## Spartacus-KJO, -BL, Spartacusbund, IT, FNK ...

# Zerfall des Spartacusbundes

„Nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln". So verendete, um mit dem Dichter T. S. Eliot zu sprechen, der Spartacusbund. Am 9. Mai traten zwei Drittel des Zentralkomitees mit der (wahrscheinlich nicht unbegründeten) Erklärung zurück, die Minderheit der Organisation betreibe Obstruktionspolitik. Damit wurde die schon seit längerer Zeit faktisch, bestehende Spaltung der Organisation offiziell konstatiert. Als ein nur aufgipfelndes Beispiel dieser *de facto*-Spaltung wäre die getrennte „Mobilisierung" der „Ruhr OG" des Spartacusbundes zum 1. Mai zu nennen: „Die ‚Mehrheit' marschierte in Bochum (allerdings nicht als Organisationsblock, sondern die Genossen verkrümelten sich im Anti-AKW-Block, während die Genossinnen im ‚Frauenblock' untertauchten). Die »Minderheit' (vornehmlich die Essener Strömung) organisierte einen eigenen Block auf der Essener Demonstration" (*Spartacus*-Sondernummer - Fraktion Neuer Kurs - 13. Juni). Übrig bleiben drei größere Reste (mit jeweils einer Handvoll Anhängern), Demoralisierung und starke Tendenzen zur Verflüchtigung im Zirkelwesen.

Die ehemalige „Mehrheit", die Internationalistische Tendenz (IT), die sich vor knapp vier Monaten auf der 6. Bundeskonferenz vorläufig durchsetzte, ist durch ihre Allianz mit der italienischen Lega Comunista politisch eine externe Fraktion der Mehrheit des Vereinigten Sekretariats (VS) von Mandel-Frank geworden. Ihre Nachtrabpolitik hinter verschiedenen „autonomen Bewegungen" (Frauen, Studenten, Anti-AKW) entspricht folgerichtig der Orientierung der VS-Mehrheit auf „Neue Massenavantgarden" als Ersatz für die revolutionäre Partei und gipfelt in dem Bestreben, das verrottete VS zu „reformieren" (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 18, Mai 1977, „Leninistische Fusion TF-TLD").

Ein zweiter Splitter, die FNK (ehemals Tendenz Neuer Kurs) beruft sich auf die „Kontinuität" des Spartacusbundes, einer Organisation, die sich durch alles andere, aber nicht durch Kontinuität auszeichnete. Auffallend an dieser Gruppierung ist, daß sie ihr Organisationsdasein von Anfang an als faulen Block beginnt. Sie ist ein Amalgam von Frankfurter Syndikalisten, die sich ursprünglich um eine inzwischen liquidierte „Chemie-Zelle" bildeten, und ihr Hauptgewicht auf Agitation basierend auf einem minimalistischen „Aktionsprogramm" legten, worin „die Komplexe Arbeitslosigkeit, Teuerung und Repression im Vordergrund stehen" („Für den Aufbau des Spartacusbundes als kommunistische, internationalistische *Arbeiter*organisation", Frühjahr 1976) und Berliner Pseudolinken, die als Plattform nur ihr dumpfes

**Wir haben oftmals wiederholt, daß der wissenschaftliche Charakter unserer Tätigkeit in der Tatsache besteht, daß wir unser Programm nicht an die jeweiligen politischen Gegebenheiten oder an das Denken oder die Stimmung der Massen, so wie diese Stimmung heute ist, anpassen, sondern wir passen unser Programm der objektiven Situation, wie sie durch die objektive ökonomische Klassenstruktur der Gesellschaft repräsentiert wird, an (Leo Trotzki, 7. Juni 1938).**

**d a s haben wir schon 'mal gehört...**



*Um den Übergang unserer Gesellschaft auf ein höheres Niveau zu gewährleisten, müssen die folgenden Genossen ausgeschlossen werden . . .*

**Karikatur aus SPARTACUS (FNK-Sondernummer, 13. Juni). Das haben wir auch schon „'mal" gehört. Dreimal schloß der Spartacusbund bürokratisch trotzkistische Oppositionen aus: 1974, 1975 und 1977.**

Unbehagen über die bösesten Schnitzer der IT haben (ohne je eine systematische Gegenposition in der internen Auseinandersetzung vorlegen zu können). Wie oft in Auseinandersetzungen zwischen Opportunisten, sind die gegenseitigen Charakterisierungen der Fraktionen nicht ohne Berechtigung. So kommentierte die IT den TNK-Block: „Was haben die Frankfurter Syndikalisten mit den doktrinären Zitatenwälzern aus Berlin gemeinsam? - Jeder in der Org. weiß, daß sie sich nicht in einer einzigen grundlegenden programmatischen Frage einigen können - vorausgesetzt sie legen darauf überhaupt Wert." *(Ein Prinzipienloser Block,* Erklärung der Leitung der IT, Ende Oktober/Anfang November 1976).

### FNK: Impressionismus in der Frage des revolutionären Programms

Eine der wenigen harten Positionen der FNK in dem internen Tendenzkampf war, daß „neue Entwicklungen" seit 1943 das Übergangsprogramm von Trotzki zerstört haben. So erklärte ein TNK-Führer in einer Debatte mit einem Vertreter der IT und mit dem späteren Führer der Trotzkistischen Fraktion im Oktober 1976: „Da die Analyse der objektiven Bedingungen" (bei Entstehung neuer Faktoren 1943) „die sich geändert hatten, unterblieb, war damit die IV. Internationale programmatisch degeneriert." (Schulungsprotokoll: Krise der Vierten, Oktober 1976, OG Berlin). Dieser Schematismus offenbart ein Unverständnis, was ein revolutionäres Programm ist und beinhalten muß. Das Übergangsprogramm von Trotzki, von der Gründungskonferenz der Vierten Internationale 1938 angenommen, umreißt die Aufgaben der Bolschewisten-Leninisten in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sowie in den rückständigen kapitalistischen Ländern (die Permanente Revolution) und in der Sowjetunion, einem Arbeiterstaat, in dem das Proletariat durch eine parasitäre, bürokratische Schicht politisch entmachtet wurde. Die wesentlichen Forderungen des Übergangsprogramms (das System der Übergangslosungen) für die kapitalistische Welt, wie die Forderungen zum Sturz der Bürokratie in einem bürokratisierten Arbeiterstaat, behalten ihre volle Gültigkeit. Das gleiche gut für die Notwendigkeit der revolutionären Weltpartei als *Instrument* der internationalen proletarischen Revolution. Daran hat die territoriale Expansion des Stalinismus nach 1943 nichts geändert, da die Aufgaben von Trotzkisten in den bürokratisch *deformierten* Arbeiterstaaten (China, Osteuropa, Kuba etc.) die gleichen Aufgaben sind; es gelten die gleichen Parolen und Forderungen, die von Trotzki 1938 skizziert wurden.

Wahr ist, daß die politische Konfusion der Vierten Internationale in Bezug auf China und Osteuropa eine impressionistische Gruppe um Michel Pablo, Pierre Frank und Ernest Mandel veranlaßte, das Übergangsprogramm de facto über Bord zu werfen. Diese Fraktion, die sich 1951 auf dem Dritten Weltkongreß der Vierten Internationale durchsetzte, wurde verspätet und partiell von politischen Kräften (die Lambert/Bleibtreu-Gruppe in Frankreich, die Mehrheit der amerikanischen Socialist Workers Party in USA) bekämpft, die der programmatischen Liquidation von Pablo entgegentraten, ohne von der politischen Konfusion, die bezüglich der Expansion des Stalinismus nach dem Krieg in der trotzkistischen Bewegung herrschte, frei zu sein. Das Internationale Komitee (IK), das von der SWP, Lambert/Bleibtreu und Healy geschaffen wurde, bildete den *Rahmen* für die revolutionäre Kontinuität der Vierten Internationale. Jedoch wurde dieser Rahmen nie mit politischem Leben gefüllt — das IK blieb ein föderatives Gebilde, und die Parteien des IK degenerierten qualitativ im Laufe der sechziger Jahre. So muß die Vierte Internationale nach dem Zeitraum von 1952-54 als politisch und organisatorisch zerstört betrachtet werden (siehe: *Spartacist,* Deutsche Ausgabe Nr. 3, März 1975, „Ursprünge des Pabloismus"). Aber die revolutionäre Programmatik des Trotzkismus verlor durch diese politische Krise, die die trotzkistische Weltpartei selbst zerstörte, nicht an Aktualität.

Für die FNK ist dagegen die Aktualität des Übergangsprogramms — und sogar seine Existenz als revolutionäre Programmatik - von der Konjunktur abhängig. Die FNK macht die Zerstörung des Übergangsprogramms daran fest, daß die von Trotzki erwartete revolutionäre Welle nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zum Sieg von trotzkistischen Parteien führte. („Zu Trotzkis ökon. Analysen stimmen nur noch blinde Sekt, zu!" — der oben zitierte TNK-Vertreter, ebenda.) Aber Trotzkis Vorhersage eines revolutionären Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg ist durchaus eingetroffen (Frankreich und Italien sind nur zwei hervorstechende Beispiele). Und Trotzki erkannte auch, daß es keine Garantie gibt, daß die Trotzkisten Massenparteien auf-

bauen könnten, die in solchen revolutionären Situationen das Proletariat zum Sieg führen würden:

„... Keine Beschäftigung ist noch wertloser als die der Spekulation darüber, ob es uns gelingt oder nicht, eine mächtige revolutionäre Führungspartei zu schaffen. Vor uns liegt eine günstige Perspektive, die jede Berechtigung für revolutionären Aktivismus bietet. Es ist notwendig, die Gelegenheiten, die sich eröffnen, wahrzunehmen und die revolutionäre Partei aufzubauen ... Ist es nicht möglich, daß die Stalinisten in der Führung eines neuen revolutionären Aufschwungs auftauchen und die Revolution zugrunde richten, wie sie es in Spanien und früher in China getan haben? Es ist natürlich unzulässig, eine solche Möglichkeit auszuschließen, zum Beispiel in Frankreich...“ („Bonapartism, Fascism and War“, in *Writings of Leon Trotsky 1939-40,* S. 413/14).

Der Wunsch der FNK, das Programm von der Konjunktur abhängig zu machen, ist durchaus mit dem Impressionismus von Pablo/Mandel verwandt, die nach dem Zweiten Weltkrieg „neue Weltrealitäten“ entdeckt haben, die sie zu neuen revisionistischen Theorien führten. Für revolutionäre Marxisten leitet sich das Programm von der Leninschen Imperialismus-Analyse, von der Theorie der Permanenten Revolution und der trotzkistischen Analyse der Sowjetbürokratie ab. Die volle Gültigkeit der Forderungen des Übergangsprogramms zur UdSSR in ihrer Übertragung auf Kuba, China und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas ist nur eine *Bestätigung* der Gültigkeit dieses Programms bis zum Sieg der proletarischen Weltrevolution.

Die Ableitung der Programmatik von der ökonomischen Konjunktur hat eine lange Tradition im Spartacusbund und seinen Vorläuferorganisationen. Sowohl Spartacus-BL als auch Spartacus KJO lehnten das Übergangsprogramm von Trotzki als aktuelles Programm mit Argumenten über „neue Entwicklungen“ seit dem Zweiten Weltkrieg ab. Der Position der FNK, daß das Übergangsprogramm nach 1943 zer-. stört wurde, und dem Vorschlag in seinem neuen Organ „anhand der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Weltsituation den Punkt Imperialismus zu diskutieren und zu klären, da alle weiteren Diskussionspunkte sich auf die ökonomische Situation beziehen müssen“ *(Spartacus-Sonder*-nummer, 13. Juni) liegt der Wunsch zugrunde, das Programm des revolutionären Marxismus anhand von solchen „neuen Entwicklungen“ aufzuweichen.

## Die „Essener Tendenz“: Syndikalistische Ratlosigkeit

Neben den Hauptresten IT und FNK bleibt die Essener Ortsgruppe, die keiner der beiden Hauptfraktionen angeschlossen ist. Nach der Spaltung gab es Bestrebungen, den TNK-Block um die Essener Gruppe zu erweitern, die jedoch vorläufig gescheitert sind. Die vorgesehene Blockerklärung erschien darauf in zwei Fassungen: eine von der FNK (siehe Spartacus-Sondernummer) und eine von der „Essener Tendenz“ (25. Mai). Die Hauptausrichtung der Essener Gruppe ist syndikalistisch - ihre schärfste Kritik der IT gut der „Liquidation der nationalen Arbeit“, ihr Hauptbestreben ist die Verfassung einer „beschränkten Taktikresolution“, um nicht mehr „abseits von den Klassenkämpfen“ stehen zu müssen. Da wo die FNK von der Notwendigkeit von „Gewerkschaftsfraktionen“ spricht, benutzt die Essener Gruppe die schwammigere Formulierung „Gewerkschaftsoppositionen“. Jedoch kann eine programmlose „proletarische Orientierung“ nur zur offenen Liquidation führen, wie im Falle der Bolschewistischen Tendenz, einer workeristischen Gruppe in Essen, die 1975 den Spartacusbund in Richtung gewerkschaftliche Handwerkelei verließ. Gleichzeitig aber konstatiert die Essener Tendenz am schärfsten die Krise der Organisation: „b) die Politik des Spabu ist unter Führung der IT seit mindestens einem Jahr (mai 76!!!) vollständig lahmgelegt, c) Spätestens mit der unpolitischen Spaltung ist die Organisation in ihren bestehenden Strukturen aufgelöst, — schon lange vorher läßt sich nicht mehr von demokratischem Zentralismus sprechen.“ (An die Mitglieder u. Symp. des Spabu! Es. Tendenz, 25. Mai)

Die Essener Gruppe wehrt sich gegen das Vorhaben der FNK, einfach zur Tagesordnung überzugehen:

„Die Mitglieder und Symps der Org. — einschließlich der beiden verbliebenen Tendenzen — müssen ernsthaft die Entwicklung der Org., die zur Spaltung führte, aufarbeiten. Sie müssen die Tradition, die ihnen z. Z. doch völlig wirr erscheinen muß, erst wiederherstellen; sie müssen außerdem die Tradition der Spartacusorganisationen in positiver Weise *überwindend* (ebenda)

Die einzig positive Überwindung der widersprüchlichen zentristischen „Tradition“ des Spartacusbundes besteht jedoch im *Bruch* mit seiner Politik, auf dem Weg zum authentischen Trotzkismus der Vierten Internationale unter Trotzki, deren Wiederschaffung von der internationalen Spartacist Tendenz zielstrebig verfolgt wird. Sonst verbleibt den Resten des ehemaligen Spartacusbundes nur die weitere politische Degeneration und die weitere persönliche Demoralisierung ihrer Anhänger als Perspektive.

## Revue des revolutionären Marxismus — Zirkelwesen par excellence

Typisch für den politischen Zerfall und persönliche Demoralisierung ist die Flucht in das Zirkelwesen. Das markanteste Beispiel hierfür ist bisher die angekündigte Zeitschrift *Commune! Revue des revolutionären Marxismus,* herausgegeben von zwei ehemaligen Führern des Spartacusbundes, Tanas und Hauptmann. Für Tanas, den geistigen Vater des Spartacusbundes und eines seiner Vorläufer, Spartacus-BL, schließt sich ein Kreis - von dem Zirkel „Roter Anfang“ in Bonn um 1970 kehrt er jetzt nach sieben Jahren erneut zum Zirkelwesen zurück. (Schon der Name *„Commune“* ist bezeichnend, so hieß 1935 die Zeitung der opportunistischen Molinier/Frank-Gruppe, gegen die Trotzki scharf wegen ihrer Verwässerung des revolutionären Programms polemisierte und mit der er brach.) Auch hier sind die politischen Bindungen eher zufällig: im Sommer/Herbst 1975, in einer kritischen Phase der Ereignisse in Portugal, entwickelte Hauptmann mit anderen Mitgliedern des Spartacusbundes eine windelweiche „pädagogische“ Linie zur portugiesischen Sozialdemokratie (und zur Verfassungsgebenden Versammlung). Damals donnerte Tanas-, der eher auf die KP und die Familie der „extremen Linken“ vertraute, gegen den „Opportunismus“ von Hauptmann/Scholl/Stein (die die Tanas-Position als „Kryptostalinismus“ geißelten) - jetzt gründen die „Opportunisten“ und „Kryptostalinisten“ zusammen eine *„Revue des revolutionären Marxismus“* (vermutlich ohne die Frage des Charakters der Sozialdemokratie geklärt zu haben).

In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 1 (Februar 1974) schrieben wir zur zentristischen Sumpflandschaft in Deutschland:

„Die opportunistische Praxis des Zentrismus drückt sich . in theoretischer Verschwommenheit aus, in taktischen

und strategischen Irrtümern', in organisatorischem Menschewismus. Zentristische Organisationen sind *Barrieren* zur revolutionären Entwicklung der Arbeiterklasse und oft *Sackgassen* für einzelne Militante, die trotz subjektiv revolutionärer Gesinnung den Weg zur revolutionären Partei nicht finden ... Die elementarsten Gebote der politischen Hygiene erfordern eine Abrechnung mit solchen Gruppen; aber auch die Erkenntnis, daß die besten Elemente solcher Organisationen immer noch revolutionäre Wege suchen, den Aufbau einer revolutionären Partei anstreben. Der Kampf um den Aufbau einer revolutionären Propagandagruppe als Kern einer deutschen Sektion der trotzkistischen Weltpartei, die es aufzubauen gilt, erfordert die *programmatische* Umgruppierung der besten Militanten aus diesem Sumpf (ebenso wie der Versuch, diesen Umgruppierungsprozeß auf Elemente aus stalinistischen und syndikalistischen Gruppen und dem linkssozialdemokratischen Milieu auszuweiten.)“

Es gibt keine bessere Bestätigung unserer Taktik der revolutionären Umgruppierung als die des Zerfalls des Spartacusbundes. Die innere politische Zerrüttung und der graduelle Verfall dieser linkspabloistische Organisation steht im eklatanten. Widerspruch zum systematischen Aufbau der TLD als programmatisch feste revolutionäre Propagandagruppe. Der Aufbau einer revolutionären Organisation ist nicht ein gradliniger Prozeß, Rückschläge vielerlei Art müssen in Kauf genommen werden (die Bolschewiki, die 1905 zur Massenströmung geworden sind, verfügten 1910-1912, nach jahrelangem Wüten der zaristischen Reaktion, nur über wenige Dutzend zuverlässiger Kader in Rußland). Aber die einzige feste Grundlage ist revolutionäre, klare und harte Programmatik - und darüber hat der Spartacusbund nie verfügt. In seinem Verfallsprozeß mußte er dreimal prinzipienfeste linke Oppositionen bürokratisch ausschließen - aber bürokratische Machenschaften sind kein Ersatz für ein Programm. Der Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion im Januar dieses Jahres symbolisierte in besonderer Weise den verrotteten Charakter des Spartacusbundes: Sie erfolgte, weil die Trotzkistische Fraktion nicht bereit war, ein Ultimatum zu unterschreiben, das ein Aufgeben ihrer prinzipienfesten Opposition gleichgekommen wäre. Wesentlicher Bestandteil dieses stalinistischen Ultimatums war die Anerkennung der „völligen“ Autorität der 6. Bundeskonferenz (die die programmatische Liquidation des Spartacusbundes qualitativ beschleunigte) und der „Autorität der alten und neuen Führung des Spartacusbundes“, d. h. die Anerkennung der politischen Deserteure der Vergangenheit wie der gegenwärtigen Liquidatorenclique.

### Das kurze, glücklose Leben der NU

Etwa gleichzeitig mit dem Spartacusbund zerfiel der vor einem Jahr mühsam zusammengezimmerte Block der „Notwendigen Internationalen Initiative“ (NU) zwischen dem Spartacusbund, der Lega Comunista (LC) in Italien, der österreichischen Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) und der englischen International Communist League (ICL). Zu Grabe getragen wurde die Nil beim Pfingstfest von Lutte Ouvriere, wo dieses Konglomerat vor einem Jahr zum ersten Mal gemeinsam auftrat. Nach der großsprecherischen Verkündigung des Blocks und dem gemeinsamen Auftreten des Vorjahres kam - nichts. Ein gemeinsames Forum konnte nicht zustande gebracht werden, keine Gruppe verteidigte die Politik der anderen, die englische ICL denunzierte den Abstentionismus des Spartacusbundes zur Irland- Frage (zu der der Spartacusbund nie Stellung bezogen hat) und kritisierte in einem Forum die sonst gemeinsame Einschätzung der NU, daß die Vierte Internationale schon im Zweiten Weltkrieg zerstört worden sei (laut ICL ist die Vierte Internationale erst nach 1948 politisch degeneriert). Auch die FNK hat nachträglich eine kritische Einstellung bekundet: „Schon das Gründungsdokument der NU täuschte nicht vorhandene Gemeinsamkeiten der NH-Organisationen vor.“ Jedoch ist die Haltung der FNK zur NU nur ein weiterer Beleg für ihren Zentrismus — die Nil war verrottet, aber man müßte die NU neu aufbauen.

Auf der 6. Bundeskonferenz des Spartacusbundes hob die Trotzkistische Fraktion die Tatsache hervor, daß der politische Zusammenhalt des Spartacusbundes selbst erheblich schwächer war, als die Bindungen zwischen verschiedenen Tendenzen des Spartacusbundes und anderen NH-Gruppen. So war die IT als deutsche Fraktion der LC zu verstehen, wohingegen die TNK einen Block mit der IKL anstrebte. Die Spaltung beweist die Richtigkeit dieser Einschätzung: Die IT strebt eine Fusion mit der LC an - auf der Basis eines gemeinsamen Gegendokuments zum 11. Weltkongreß des VS (sozusagen die Aufgipfelung ihrer Rolle als externe VS-Fraktion). Die FNK beteuert ihre Übereinstimmung mit der IKL - obwohl, nachdem die IKL die „Autonomie der Studentenbewegung“ anerkannt hat, (siehe den kommentarlosen Abdruck des Artikels „Universita Rossa“ der LC mit einem IT-Dokument zur italienischen Studentenbewegung in *permanente revolution,* Zentralorgan der IKL, Nr. 8, Mai 1977), auch dieser Block auf tönernen Füßen stehen würde.

Verrottete politische Blöcke — auf internationaler wie nationaler Ebene — können nur den Keim neuer Zersplitterungen in sich tragen. Der Aufbau einer authentischen, demokratisch-zentralistischen internationalen Tendenz muß auf der Basis politischer Klarheit und der festen Programmatik der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale, des Kampfes der Linken Opposition und der Gründungskonferenz der Vierten Internationale unter Trotzki erfolgen. Nur die internationale Spartacist Tendenz verteidigt diese Programmatik als Grundlage der wiederzuschaffenden Vierten Internationale.

## Tragödie oder Farce?

Inzwischen sind uns - nach Redaktionsschluß - *Spartacus* Nr. 37 (IT) sowie die neueste *permanente revolution* Nr. 9, Juni 1977 (Zentralorgan der Österreichischen Internationalen Kommunistischen Liga) ins Haus geflattert. Die Zeitung der IT bringt kaum etwas Neues zur Spaltung des Spartacusbundes, wohl aber zur nachträglichen Einschätzung der von ihr initiierten Spaltung. Diese Spaltung sei zwar unvermeidlich gewesen, vermerkt die IT „selbstkritisch“, aber verfrüht durchgeführt worden. Der demokratische Zentralismus habe zwar seit einem Jahr in der Organisation nicht funktioniert, aber da dies nichts Neues sei, wäre es auch kein Spaltungsgrund: „Das Argument, daß der demokratische Zentralismus in der Organisation nicht mehr funktioniere, war bereits ein wesentlicher Grund für die Gründung der IT (im Mai 1976)“. Es stimme zwar, daß die Minderheit „die Politik der Organisation massiv boykottierte“, dies habe aber keine neue Qualität angenommen. Im April hat die IT (nach eigener Darstellung) beschlossen, keine Spaltung durchzuführen, aber den Fraktionskampf zu verschärfen. Im Mai spaltet die IT den Spartacusbund. Im Juni übt die IT Selbstkritik wegen ihrer Spaltung des Spartacusbundes. Diese beispielhafte Festigkeit der taktischen Orientierung als eine gewisse

„Schwäche“ in der Führungsqualität der IT zu beschreiben (wie sie es „selbstkritisch“ in *Spartacus* Nr. 37 tut) ist wohl eine gewaltige Untertreibung.

Daß der Spartacusbund ein chaotisches opportunistisches Gebilde war, ohne revolutionäres Programm und folglich ohne *demokratischen* Zentralismus, überrascht uns nicht — wir haben diese Tatsache oft genug betont. Aber diese „Selbstkritik“ macht den bürokratischen Charakter des Ausschlusses der Trotzkistischen Fraktion noch offensichtlicher - man schließt prinzipienfeste, programmatisch gefestigte Oppositionen aus diesem Sumpf aus, für andere „Tendenzen“ dagegen besteht überhaupt keine Disziplin. Diese Tatsache wurde von der IKL in ihrem kürzlich erschienenen Zentralorgan unverblümt ausgedrückt — hier wird der Ausschluß der TF in aller Deutlichkeit mit deren revolutionären *Ideen* begründet: „... die ‚Trotzkistische Fraktion'... wurde auf der 6. Bundeskonferenz des Spartacusbundes, die im Januar 1977 stattfand, ausgeschlossen, da sie vollinhaltlich die Positionen der *internationalen Spartacist Tendenz* ... vertrat, und sich damit außerhalb der Organisation gestellt hatte“ („Spartacusbund gespalten“, *permanente revolution* Nr. 9, Juni 1977).

Die IKL setzt sich, zumindest vorläufig, bezüglich der Spaltung hübsch zwischen die Stühle: die IT hat Recht gehabt in der „Methodik“ des Aufbaus des NII-Blocks und in der Charakterisierung der Politik des Vereinigten Sekretariats als „Zentrismus sui generis“; aber die FNK hatte Recht, die „Reformierbarkeit“ des Vereinigten Sekretariats in Frage zu stellen. Die IKL stimmte mit der FNK in der Frage der „Methodik des Übergangsprogramms“ überein, es „zeigte sich aber sehr bald, daß die Differenzen zwischen ihnen (IT) und uns oft terminologischer Natur waren“ (ebenda). In einem Punkt hat die IKL Recht: es gibt keinen *qualitativen* Unterschied zwischen FNK und IT - beide sind zentristische Organisationen, die sich nur dadurch unterscheiden, daß sie vor verschiedenen Formen politischer Rückständigkeit kapitulieren. Politische Spaltungen zwischen Zentristen ziehen nicht klare Linien, weil *beide* Seiten (und die IKL dazwischen) politisch konfus und programmatisch widersprüchlich sind.

---

*Kurz vor Drucklegung erreichte uns ein abgezogenes Blatt, das den in Berlin vertriebenen Exemplaren des* VT-Spartacus *beiliegt. Die Überschrift lautet „Zurücknahme der Erklärung zur Spaltung“, als Urheber firmiert ein „Nationales Treffen des Spartacusbundes (Internationalistische Gruppe)“ und datiert ist es putzigerweise vom 19.* Mai *7977*, *während die damit zurückgenommene Erklärung der „Provisorischen Leitung des Spartacusbundes“ vom 11.* Juni *1977 stammt. Man sieht: bei diesen Genossen läuft sogar die Zeit rückwärts! Der Text lautet:*

„Auf dem nationalen Treffen der Gruppe, die aus der ehemaligen Internationalistischen Tendenz (IT) im Spartacusbund und Genossen, die sich in kritischer Weise auf die Politik der IT beziehen, hervorgegangen«ist, wurde die im ZO Nr. 37 abgedruckte „Stellungnahme zur Spaltung des Spartacusbundes“ als politisch ungenügend und falsch kritisiert. Diese Stellungnahme wird als Konsequenz dieser Kritik zurückgezogen. Unsere politische Gruppe befindet sich in einem intensiven und grundlegenden Prozeß der politischen Diskussion, der bisher zu noch keinem Abschluß gekommen ist. Wir werden unsere endgültige Stellungnahme veröffentlichen, sobald wir diese Diskussion zu einem sinnvollen Abschluß geführt haben.“

*Wir meinen, der einzige sinnvolle Abschluß eines solchen intensiven und grundlegenden Prozesses wäre das endgültige Verschwinden dieser „internationalistischen“ Gruppe von der politischen Bildfläche. Am besten mit einer Erklärung, datiert vom 1. April*

*Leid tun können uns nur diejenigen Genossen, die sich da „in kritischer Weise“ auf die Politik der IT „beziehen“. Mit menschlichen Beziehungen sieht es ja in unserer Zeit ohnehin sehr kritisch aus. Aber bei „Bezugspersonen“ wie diesen provisorischen Führern fällt einem nur noch jener Vers Dantes ein, den Marx so gern zitierte: „Laschte ogni speranza, voi qu' entrate“ („Laßt, die ihr eintretet, alle Hoffnung fahren“).*

# Rhodesien...

***Fortsetzung von Seite 24***

nicht standhalten. In dieser verzweifelten Situation sucht sich Smiths „Nationale Front“ ihre Quislinge zu ziehen; sie initiierte die Vereinigte Volksorganisation Simbabwes (ZUPO), deren Führer, die Stammeshäuptlinge Kaiser Ndiwani und Jeremiah Chirau, bereits Posten im Smith-Kabinett innehatten. Korrumpiert durch Almosen der Rassisten, arbeitet die ZUPO eng mit den „Herrenmenschen“ zusammen und lehnt konsequenterweise die elementare demokratische Forderung der schwarzen Nationalisten „Ein Mann, eine Stimme“ ab.

Nach dem Fehlschlag der Genfer Konferenz und des Kissinger-Plans starten die britischen und amerikanischen Imperialisten eine neue diplomatische Offensive. Gemäß dem Rhodesienplan der Außenminister Owen und Vance soll Smith, der das Prinzip der schwarzen Mehrheitsregierung angeblich zähneknirschend anerkannt hat, im Sommer 1978 zurücktreten und einer dreimonatigen, von den Engländern geführten provisorischen Regierung Platz machen, der dann eine schwarze Mehrheitsregierung folgen soll. Die kleinbürgerlichen schwarzen Nationalisten haben den Plan *in dieser Form* abgelehnt; sie opponieren gegen die amerikanische Beteiligung. Gegen die Einmischung der Exkolonialmacht Großbritannien aber haben Mugabe (Führer der Afrikanischen Nationalunion, ZANU) & Co. nichts einzuwenden, im Gegenteil: diese „Antiimperialisten“ haben England wiederholt aufgefordert, als Vorstadium zu einer schwarzen Mehrheitsregierung seine koloniale Autorität in Rhodesien wieder geltend zu machen! So kommt die britische Regierung dann auch ganz beruhigt zu dem Schluß, daß *alle* Führer der Schwarzen „den Übergang friedlich und geordnet vollziehen“ möchten, auch „Nkomo und Mugabe, wie stark diese auch immer mit dem Säbel rasselten“ *(Neue Züricher Zeitung*, 20. Januar).

Der Imperialismus setzt auf eine neokoloniale Lösung. Die ökonomischen Strukturen sollen, wie in Mocambique und Angola, erhalten bleiben, wechseln soll lediglich die Hautfarbe der Kompradoren. Wenn es dennoch zum ausgewachsenen Krieg kommt, dann nicht aufgrund der mangelnden Kompromißbereitschaft der Nationalistenführer, sondern wegen der Hartnäckigkeit und Weigerung der rhodesischen Rassisten, ihren Platz freiwillig zu räumen.

### Der Aufstieg des afrikanischen Nationalismus in Rhodesien

Die verschiedenen Cliquen der Simbabwe-Nationalisten gehören von allen schwarzen Unabhängigkeitsführern nach



**Ian Smith: Repräsentant der weißen „Herrenrasse“.**

1960 zu den Gemäßigsten und Erfolglosesten auf dem Kontinent. Die neokolonialen schwarzen Führer bilden keine geschlossene Front, sie sind untereinander heftig zerstritten. So waren auf den Genfer Verhandlungen zusätzlich zu Mugabes ZANU-Delegation, der sich Führer der Volksarmee von Simbabwe (ZIPA), die ihren Stützpunkt in Mocambique hat, anschlössen, auch die Delegierten der Afrikanischen Volksunion (ZAPU) anwesend, die von dem immer so vernünftigen Joshua Nkomo angeführt wurde, dem schlauesten und dauerhaftesten der nationalistischen Politiker und demjenigen (neben Muzorewa) mit der stärksten Unterstützung vom Westen. Die beiden anderen Delegationen waren ein lebendiger Beweis für den gemeinen politischen Verrat und personalistische Fraktionskämpfe in der Unabhängigkeitsbewegung über eine Zeitspanne von mehr als zehn Jahren.

Eine wurde von Ndabaningi Sithole geführt, der Nkomos Stellvertreter bis zur Spaltung der ZAPU 1963 war, aus der die ZANU hervorging. Trotz eines von ausgesuchten „Jublern“ der „Dritten Welt“ aufgebauten internationalen Ansehens war Sithole eine isolierte Figur, nachdem er voriges Jahr von Kräften formlos aus der ZANU ausgeschlossen wurde, die loyal zu Mugabe hielten. Die vierte Delegation wurde vom Methodistenbischof Abel Muzorewa geführt, dessen Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) über beträchtliche Unterstützung in den städtischen Gebieten verfügt, aber von der ZIPA, die er als Stammesorganisation charakterisiert, völlig isoliert ist.

Der Einfluß der Kirche bei den Spitzen der schwarzen Führer ist ganz bemerkenswert. Außer Muzorewa, der die amerikanische Methodisten-Episkopalkirche in Rhodesien leitet, ist Sithole Pfarrer einer anderen protestantischen Gruppe, Nkomo ein ehemaliger protestantischer Laienprediger und Mugabe, der in der imperialistischen Presse oft als Revolutionär bezeichnet wird, ein praktizierender Katholik.

Nkomo ist neben Muzorewa immer als der aussichtsreichste Kandidat für einen Posten an der Spitze eines von den Imperialisten eingesetzten neokolonialen Regimes betrachtet worden. Er betrat die Bühne nationalistischer Politik zehn Jahre früher als seine Konkurrenten. Er debütierte in „Wohlfahrtskomitees“, die gegen die Diskriminierung der gebildeten afrikanischen Elite (die in Rhodesien relativ zahlreich im Vergleich zu Südafrika ist) protestierten; ab 1952 war er Generalsekretär der rhodesischen Afrikanischen Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten.

Wie in Südafrika gibt es auch in Rhodesien ein relativ bedeutendes schwarzes Proletariat, das sich in der wirtschaftlichen Aufschwungsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat. Mehr als ein Drittel der schwarzen Bevölkerung lebt in der Stadt, und mehr als 10 Prozent sind im Bergwerk, in der Fabrik und im öffentlichen Dienst beschäftigt. Das junge Proletariat wurde sich sehr schnell seiner Stärke bewußt und führte in der Zeit von 1945 bis 1950 eine Reihe von bedeutenden Streiks durch. Schwarze Eisenbahnarbeiter begannen 1945 einen Streik, der alles lahmlegte, und 1948 entfachten die Arbeiter der Stadtverwaltung einen Generalstreik in ganz Südrhodesien (Martin Loney: *Rhodesia: White Racism and Imperial Response,* 1975).

Die unmittelbaren Wurzeln von Nkomos ZAPU liegen im südrhodesischen Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), einer in Agonie befindlichen Organisation der schwarzen Elite, die unter dem Einfluß des Aufschwungs der Arbeiterkämpfe nach dem Kriege im Eisenbahnknotenpunkt von Bulawayo, Rhodesiens zweitgrößter Stadt, wieder neuen Auftrieb erhielt. Der neue ANC kämpfte auf breiter Ebene für Reformen - Ausbildung, Wahlrechte, Bustarife, Landpolitik. Er suchte vor allem die Hilfe von Premierminister Garfield Todd, der seinen Ruf bei den Weißen als leidenschaftlicher Liberaler mehr seinen Reden über „die Partnerschaft der Rassen“ als irgendwelchen konkreten Reformen verdankt.

Die weißen Siedler reagierten auf die Agitation des ANC mit einer scharfen Rechtswendung. Todd wurde 1958 vom Kongreß seiner Partei fallengelassen. Im Februar 1959 wurde der Ausnahmezustand erklärt; der ANC wurde verboten, und 500 seiner Mitglieder wurden verhaftet. Auch unternahm die Regierung einen bedeutenden Schritt, um die zwischen der schwarzen Arbeiterbewegung und den Nationalisten existierenden Bande zu zerreißen. 1959 wurde durch den Industrial Conciliation Act das Recht, Kollektivverhandlungen zu führen, auf die Mehrheit der afrikanischen Arbeiter ausgedehnt (die Eisenbahner hatten sich dieses Recht bereits 1949 durch einen Streik erkämpft); Gewerkschaften, die jedoch politischen Parteien Geldmittel zukommen ließen oder irgendwelche Einrichtungen zur Verfügung stellten, verloren die offizielle Anerkennung.

Angesichts eines immer kompromißloser werdenden Regimes weißer Vorherrschaft im eigenen Land begann Nkomo ausgedehnte internationale Kontakte in imperialistischen Hauptstädten mit kürzlich unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten und den Vereinten Nationen anzuknüpfen und suchte Unterstützung vom Ausland für eine schwarze Mehrheitsregierung in Rhodesien. Anfang 1960 gründeten Nkomos Anhänger die Nationaldemokratische Partei (NDP) als Nachfolgeorganisation des illegalen ANC und stellten in den Mittelpunkt ihrer Agitation die Losung „Ein Mann -

eine Stimme“, wobei sie im wesentlichen die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des ANC fallenließen.

Zur selben Zeit, wo Großbritannien für eine Vertretung der schwarzen Bevölkerung auf einer Konstituierenden Konferenz im nächsten Jahr eintrat, mobilisierte die NDP für Massendemonstrationen mit der Stoßrichtung einer Mehrheitsregierung — das Resultat bestand in der Verhaftung ihrer Führer. Dies führte im Juli 1960 zu einem zweiwöchentlichen Generalstreik, der sich auf Bulawayo konzentrierte, und in dem Intellektuelle der NDP eine wichtige Rolle spielten (Eshmael Mlambo, *Rhodesia: The Struggle for a Birth-right,* 1972). Aber auch dies konnte dem eingefleischten Konservatismus der gebildeten kleinbürgerlichen schwarzen Führer nichts anhaben. Eine NDP-Delegation zur Konstituierenden Konferenz akzeptierte die lächerlichen Brotkrumen einer getrennten Stimmabgabe durch die schwarze Bevölkerung. Dies wurde - sehr zum Ärger der Führer - von der Parteimitgliedschaft abgelehnt.

Im Dezember 1961 wurde die NDP verboten, was zur Gründung der ZAPU führte, die wiederum im September 1962 illegalisiert wurde. Die rechte Rhodesische Front gewann in diesem Jahr die Wahlen, und die Nationalisten befürchteten, daß die Unabhängigkeitserklärung des rassistischen Regimes nahe bevorstehe, und daß es danach dazu übergehen würde, die Unterstützungsbasis der ZAPU zu zerschlagen. Nkomo unternahm den mißglückten Versuch, die ZAPU-Exekutive nach Tansania zu verlegen, erhielt aber von Nyerere sowie von der Organisation für Afrikanische Einheit eine Abfuhr; beide hatten darauf bestanden, daß die Führung den Kampf von Rhodesien aus anleiten müsse.

### Spaltung der ZANU und der ZAPU

Diese Schwierigkeit verschärfte die Kritik von Mitgliedern der ZAPU-Exekutive an der Führung Nkomos, und die Gruppe spaltete sich. Im August 1963 gründeten Sithole, Mugabe und andere die ZANU. Der Mythos, daß dies eine „linke“ Abspaltung war, hält sich hartnäckig, besonders in der Neuen Linken und in maoistischen Kreisen. Obwohl taktische Differenzen bestanden (z. B. wo die Führung sich etablieren sollte; ob der Versuch gemacht werden sollte, eine neue legale Partei zu gründen etc.), war die Spaltung im wesentlichen das Ergebnis von Enttäuschung und persönlichen Zusammenstößen.

Die beiden Organisationen charakterisierten sich gegenseitig als „reformistisch“ und beschuldigten sich, sie würden sich in dem Kampf um Unabhängigkeit unter einer Mehrheitsregierung eher auf die Briten als auf die eigene bewaffnete Kraft verlassen. In beiden Fällen waren die Beschuldigungen im wesentlichen richtig. Nkomos versöhnlerische Politik gegenüber Britannien hat eine lange Geschichte, während Sithole und Mugabe der NDP als direkte Reaktion auf die Einbeziehung der Nationalisten in die Verhandlungen über eine Verfassung durch Britannien beigetreten waren. (Sowohl Nkomo als auch Sithole waren Führer der Delegation, die den Ausverkauf der Bürgerrechte akzeptierte.)

Sowohl die ZANU als auch die ZAPU stützten sich auf kleinere Guerillaaktionen, um Druck auf Britannien auszuüben. In einer militanten Rede auf dem Gründungskongreß der ZANU im Mai 1964 erklärte Sithole:

> „Diejenigen, die glauben, daß wir die Unabhängigkeit von den Vereinten Nationen ... (oder) dem afro-asiatischen Block erhalten, irren sich... Die Unabhängigkeit wird nur unser sein, wenn wir uns selbst befreien.“

Aber praktisch im selben Atemzuge bestätigte er den traditionellen Appell an die „demokratische“ Kolonialmacht:

> „Das Vereinigte Königreich ist die einzige Macht, die Südrhodesien die legale Unabhängigkeit gewähren kann... Gegenwärtig ist Britannien, das den konstitutionellen Schlüssel zu dem Problem, mit dem wir konfrontiert sind, in der Hand hat, nicht bereit, diesen Schlüssel zu gebrauchen“ (Ndabadingi Sithole, *In Defense of a Birth-right,* 1975).

Aber Rhodesiens Kolonialherren weigerten sich nicht nur, den „konstitutionellen Schlüssel“ zu gebrauchen, als die hartgesottenen weißen Rassisten der Rhodesischen Front (an dessen Spitze bereits Ian Smith stand) im November



**Guerillakämpfer in Simbabwe**

1965 eine einseitige Unabhängigkeitserklärung (Unilateral Declaration of Independence - UDI) abgaben, London erklärte darüberhinaus „jede Gewaltanwendung für ungesetzlich“ und entschied sich für wenig effektive Sanktionen. Wiederholte Appelle an England brachten nichts als Enttäuschung.

Labour-Premierminister Harold Wilson verhandelte innerhalb eines Jahres mit Smith und schlug einen komplizierten Plan für eine graduelle Ausweitung des afrikanischen Wahlrechts vor, der nicht vor 1999 (!) zu einer schwarzen Mehrheitsregierung geführt hätte. (Dem rhodesischen Führer waren selbst diese „Zugeständnisse“ noch zu weitgehend.) Während England alle nur denkbaren Konzessionen machte, um zu einem Einvernehmen mit dem rassistischen Regime zu kommen, schickte es im September 1967 eine Note an Sambia und verlangte die Zusicherung, daß letzteres „bewaffneten Einfällen nach Rhodesien keine Unterstützung gewähren würde“ (zitiert in Kees Maxey, „From Rhodesia to Zimbabwe“, 1972).

Nach der UDI wurden die nationalistischen Führer auf unbestimmte Zeit interniert, wurde der Ausnahmezustand erklärt, und die Führer der ZANU/ZAPU hofften kaum mehr auf eine Intervention durch Großbritannien. Es kam zu einer beschränkten Radikalisierung — man sprach noch zurückhaltend vom „afrikanischen Sozialismus“, der noch nicht einmal solch einen neokolonialen „Staatsmann“ wie Kenyatta in Kenia erschrecken würde. Alle Führer - Nkomo, Sithole und Mugabe, von denen jeder mehr als zehn Jahre im Gefängnis gesessen hat — haben sich für irgendeine Art des „bewaffneten Kampfes“ ausgesprochen, aber sie waren angesichts des Mangels an Versorgungsgütern, Anklagen wegen Korruption, Stammesgünstlingswirtschaft und ihrer Sorglosigkeit den tagtäglichen Problemen der Soldaten gegenüber, alle mit Revolten in den Guerillacamps konfrontiert.

Während die ZANU früher als die ZAPU mit Guerillaaktionen begonnen hatte, hatte letztere die ganze Wucht der Kämpfe Ende der sechziger Jahre zu tragen. Im August 1967 überquerten ca. 80 ZAPU-Guerillas und Mitglieder des südafrikanischen ANC, von Ausbildungslagern aus Sambia kommend, die Grenze nach Rhodesien. Die Führer der ZAPU und der südafrikanischen Nationalisten kündigten an, daß sich die Guerilla-Streitmacht in einer langfristigen Operation bis nach Südafrika durchkämpfen sollte. Aber nach einer regelrechten Schlacht mit der südafrikanischen Armee, unterstützt von südafrikanischen Düsenjägern, wurden die heldenhaften Guerillakämpfer aufgerieben.

Ein geringes Maß an Guerillaangriffen und Sabotage wurde in den nächsten paar Jahren von beiden Organisationen aufrechterhalten, jedoch von 1970-72 fast völlig gestoppt Die Kämpfer hatten schwere Verluste erlitten und waren im wachsenden Maße demoralisiert. Die ZAPU wurde durch eine zweite Spaltung geschwächt, aus der eine dritte und weit kleinere Organisation hervorging, die Front zur Befreiung Simbabwes (FROLIZI). Sechs Jahre schwerster Repression hatten größtenteils die Verbindungen zwischen den Nationalisten und den städtischen Massen zerstört. Faktoren wie Isolation und Fehlschläge auf dem Schlachtfeld begünstigten Intrigen unter den Führern, und Stammesfeindseligkeiten brachen an der Basis aus, obwohl solche Feindseligkeiten unter den schwarzen Arbeitern In den Städten größtenteils zum Erliegen gekommen waren.

## Verrat und Kapitulation

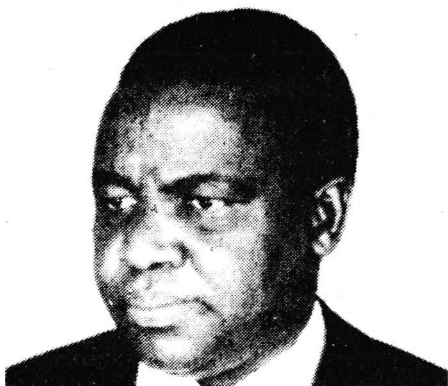
1971 betrat in Gestalt des Afrikanischen Nationalrates von Bischof Muzorewa ein neuer Rivale die politische Bühne. Muzorewas Gruppe, die die durch das Verbot und die Exilierung der nationalistischen Parteien entstandene Lücke ausfüllen konnte, gewann die Unterstützung der städtischen Massen mit einer Kampagne für eine „konstitutionelle Regierung“, die auf einem „Nicht-Rassismus“ basieren sollte (und die auf „christliche und friedliche Art“ zu erreichen sei). Er war von Zeit zu Zeit von allen konkurrierenden Nationalisten der Favorit des Smith-Regimes, wie auch jetzt wieder, wo der rhodesische Premierminister Muzorewas Delegation gönnerhaft als diejenige bezeichnet hat, die bei

den Genfer Verhandlungen „ein besonderes Wohlverhalten“ an den Tag gelegt hätte *(New York Times,* 6. November).

Unter dem Druck der benachbarten bürgerlichen afrikanischen Regime, die der ZANU und ZAPU Operationsbasen zur Verfügung stellen und ihnen finanzielle Hilfe zukommen lassen, haben beide Organisationen im März 1972 ein gemeinsames militärisches Kommando in Lusaka, Sambia, gebildet. Im Dezember des gleichen Jahres erreichte der Guerillakampf wieder einen neuen Höhepunkt. Er wurde jedoch von den rhodesischen Truppen wirksam unter Kontrolle gebracht, und das gemeinsame Kommando fiel auseinander. Anfang 1974 versuchte Muzorewa mit Unterstützung der winzigen weißen Oppositionsparteien seine Konkurrenten in den Hintergrund zu drängen, indem er in Verhandlungen mit Smith eintrat. Der Putsch vom April im kriegsmüden Portugal eröffnete jedoch den Weg zu einem grundlegenden Wechsel im südlichen Afrika, infolgedessen die koloniale Herrschaft sowohl in Mocambique als auch in Angola innerhalb von anderthalb Jahren zusammenbrach.


**Abel Muzorewa**


**Robert Mugabe**


**Ndabaningi Sithole**

An diesem Punkt kamen die nationalistischen Afrikaaner Südafrikas zu dem Beschluß, daß die rhodesische Verteidigungslinie der weißen Vorherrschaft langfristig nicht zu halten wäre. Dies führte zu einer Initiative Pretorias für eine „Entspannung“ im südlichen Afrika, welches wirtschaftliche Hüfe im Austausch für ein durch Verhandlungen zustandegekommenes Abkommen anbot. Eine Schlüsselrolle in den erfolglosen Entspannungsgesprächen spielte Sambias Präsident Kenneth Kaunda, der eine Möglichkeit sah, durch Geschäfte mit Südafrikas Premier Balthazar Vorster seine von Krisen zerrüttete Wirtschaft in Ordnung zu bringen.

Im Dezember 1974 führte Kaunda ein weiteres Abkommen zwischen der ZANU und der ZAPU herbei, wo jedoch die Einheit nur auf dem Papier stand und das sich dieses Mal auch auf die FROLIZI erstreckte — all das unter der Ägide von Muzorewas ANC. Auf Druck von Washington, Pretoria und London ließ Smith eine Reihe von Gefangenen frei (unter ihnen Nkomo, Sithole und Mugabe) und willigte widerstrebend in eine neue Verhandlungsrunde ein. Da die entlassenen Gefangenen befürchteten, in Rhodesien wieder verhaftet zu werden, fanden die Verhandlungen mit Smith in einem Eisenbahnwagen auf einer Brücke über dem Sambesi zwischen Rhodesien und Sambia statt.

An der Spitze der vereinigten nationalistischen Delegation stand Muzorewa, eine Tatsache, die Nkomo in große Verwirrung versetzte. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren (wie gewöhnlich aufgrund von Smith' Widerwilligkeit, sich zu beugen), gründete Nkomo seinen eigenen ANC (wenig mehr als die ZAPU mit einem neuen Namen) und erbot sich, allein mit Smith in Rhodesien zu verhandeln. Nach der Niederlage der USA und Südafrikas in Angola, zwangen die „Frontstaaten“ Nkomo, die Verhandlungen im März des Jahres abzubrechen. (Als eine Maßnahme des kaleidoskopischen Gemauschels der verschiedenen nationalistischen Führer, gründete Nkomo in Genf die „Patriotische Front“ mit Mugabe, was Smith veranlaßte, seinen Verhandlungspartner vom letzten Jahr als „ausgebootet“ zu entlassen.)

Die Guerillas der ZANU, die ihren Stützpunkt in Sambia haben, versuchten, den militärischen Kampf während der Verhandlungen fortzusetzen. Eine blutige Säuberung in der Armee im März 1975, in der man sich die Stammesfeindseligkeiten zunutze machte, gab Kaunda die Handhabe, praktisch die gesamte ZANU-Führung zu verhaften, in die Ausbildungslager einzudringen und 1400 Militante festzunehmen. Nach dem Bombenattentat auf Herbert Chitepo, der die ZANU solange führte, wie Sithole und Mugabe im Gefängnis saßen, wurde eine aus elf afrikanischen Staaten bestehende internationale Kommission eingerichtet, die den Mord und seine Hintergründe untersuchen sollte.

Den Berichten der Kommission zufolge war die Säuberung nach einer Revolte in den Ausbildungslägern der Guerilla im November 1974 eingeleitet worden, in der Beschuldigungen laut geworden waren, die von „umfangreicher Korruption im militärischen Oberkommando“ sprachen, „die in der bevorzugten Behandlung bestimmter ethnischer Gruppen zum Ausdruck kam.“ Die Rebellion wurde unterdrückt, und eine blutige Säuberung begann, in deren Verlauf die militärischen Führer vom Schona-sprechenden Karanga-Stamm systematisch Rivalen vom ebenfalls Schona-sprechenden Manyika-Stamm ausrotteten. Nach dem Bericht der Kommission wurde die Säuberung von Josiah Tongogara und anderen Kommandanten angeleitet, die jetzt in der Exekutive der ZIPA sind. Die Untersuchungsbeauftragten fanden heraus, daß Tongogara und andere Guerillaführer Chitepo in

Manyika ermordet hatten, um zu verhindern, daß er die Exekutionen aufdecken würde (detaillierter Bericht in *Africa,* Mai 1976 und Im *Guardian,* 10. April 1976).

Während wir dieses Stammesmorden aufs Schärfste verurteilen, müssen wir jedoch daraufhinweisen, daß die massive Unterdrückung der ZANU durch Sambia darauf abzielte, „Hitzköpfen" unter den Guerillas jede Lust zu nehmen, Sambias Übereinkommen mit Vorster doch noch zu verhindern. Deshalb hat die internationale Spartacist Tendenz gefordert, daß die Verhaftungen endlich aufhören, und die Repression, die von dem ehemals als „antiimperialistisch" bezeichneten Kaunda eingeleitet wurde, verurteilt. (Während des angolanischen Bürgerkrieges initiierte Kaunda eine neue Repressionswelle — dieses Mal waren davon vor allem Studenten betroffen, die für die MPLA demonstrierten, und die er als Marionetten des „sowjetischen Imperialismus" bezeichnete.)

Nach dem Scheitern der vom ANC unternommenen Einheitsinitiative beschlossen die „Präsidenten der Frontstaaten" die zerstrittenen nationalistischen Führer zu übergehen und gründeten die ZIPA als gemeinsames militärisches Kommando, um die Haupteskalation des Guerillakampfes zu dirigieren. Obwohl die Anführer der ZIPA Berichten zufolge den Politikern — einschließlich Mugabe — gegenüber kritisch sind, sind sie doch völlig von Tansania und Mocambique abhängig; beide befürworten eine Beilegung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege, um Handel mit Südafrika treiben zu können. So werden jene impressionistischen kleinbürgerlichen Radikalen, die heute die ZIPA als „revolutionär" begrüßen (so wie sie gestern die von Sithole geführte ZANU unterstützt haben) mit Sicherheit bitter enttäuscht werden, wenn es sich herausstellt, daß das „Ergreifen des Gewehrs" noch keine Garantie für antiimperialistische Politik ist.

Ein charakteristisches Beispiel für die Uneinigkeit innerhalb der ZIPA kam zu Beginn der Genfer Verhandlungen zum Ausdruck. Am 30. September 1976 hielt ein Sprecher der Guerilla, der sich mit Mugabes ZANU identifizierte, in Maputo, Mocambique, eine Pressekonferenz ab. Er verlas eine Erklärung, in der die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes bis zum „endgültigen Sieg" gefordert wurde und erklärte: „Unter keinen Umständen sind wir bereit, die Macht mit Rassisten und Faschisten zu teilen" *(Guardian,* London, 1. Oktober 1976). Am nächsten Tag tadelte Alfred Nkita, politischer Kommissar der ZIPA und ein Anhänger Nkomos, öffentlich den anderen Guerillaführer, weil dieser vorgegeben hatte, im Namen der ZIPA zu sprechen.

Ein paar Tage zuvor hatte Nyerere in einem Interview des britischen Fernsehens den Guerillas die harten Tatsachen des Lebens klar gemacht: „Ihre Arbeit, die Arbeit der Streitkräfte, besteht darin, Druck auszuüben. Sie werden nicht notwendigerweise an den Verhandlungen teilnehmen" *(Guardian,* London, 28. September 1976).

Die Präsenz aller rhodesischen nationalistischen Fraktionen bei den Genfer Verhandlungen - die eingerichtet worden sind, um den Kissinger-Plan für „die Übergabe der Macht an die Mehrheit auf dem Verhandlungswege" zu diskutieren - und ihre wiederholten Aufforderungen an England, ihren kolonialen Pflichten nachzukommen, und Smith gefügig zu machen, enthüllen, daß sie keine revolutionäre Perspektive haben. Es kann gar nicht anders sein, denn diese kleinbürgerlichen Nationalisten, die die Unabhängigkeit aus den Händen der Imperialisten erwarten, dürsten nur danach, die neuen Ausbeuter zu werden, und den Platz ihrer ehemaligen Kolonialherren einzunehmen.

In dem militärischen Konflikt, der sich gegenwärtig in Rhodesien abspielt, geben Marxisten den nationalistischen Guerillas in ihrem Kampf zum Sturz der weißen Vorherrschaft militärische Unterstützung. Gleichzeitig ziehen sie die Lehren aus der Impotenz eines sich auf Bauern stützenden Guerillakampfes und der Unfähigkeit der Nationalisten, mit dem Imperialismus zu brechen, indem sie gerade auf die lebensnotwendige Aufgabe der Schmiedung einer revolutionären Partei hinweisen.

## Permanente Revolution im südlichen Afrika

Die rassistische Herrschaft im südlichen Afrika ist mit dem Sturz des Smith-Regimes freilich nicht beendet. Entscheidend für den Sieg der sozialistischen Revolution in dieser Region ist der Sturz der Herrschaft der Buren in der Republik Südafrika, das mit seinem sechs Millionen starken Proletariat das industrielle Zentrum des Kontinents darstellt. Südafrika ist zudem unabhängig von europäischer Kolonialherrschaft; die industriell entwickelte Wirtschaft erlaubt der Republik — mit ihren Besitztümern in verschiedenen afrikanischen Ländern - die Rolle einer subimperialistischen Macht zu spielen. Außerdem haben Südafrikas weiße Siedler bereits vor langer Zeit eine von den europäischen Siedlern verschiedene Identität entwickelt, woher sie auch immer kamen (Afrikaans wird z. B. nirgends sonst auf der Welt gesprochen). Ungleich dem Rest Afrikas unterhalb der Sahara, wo ein kolonialer Verwaltungsapparat und eine dünne Schicht von aus aller Herren Länder zusammengelaufenen Unternehmern und Abenteurern der nationalen Unabhängigkeit im Weg standen, sind die nicht-weißen Massen Südafrikas mit einer relativ großen und ökonomisch starken Unterdrückerkaste konfrontiert.

Ein revolutionäres Programm für Südafrika muß damit beginnen anzuerkennen, daß die nicht-weiße Mehrheit das demokratische Recht hat zu bestimmen, unter welcher Regierung sie leben will, daß ihre Macht vor allem auf ihrer strategischen Rolle in der Im Besitz von Weißen befindlichen Wirtschaft beruht, daß Guerillastrategien sowie pazifistische und parlamentarische Programme sich als impotent erwiesen haben und daß sie einer gutbewaffneten weißen Bevölkerung gegenüberstehen, die im Land tief verwurzelt ist und die sonst nirgendwo hingehen kann. Nur eine proletarische Strategie, die die farbigen (gemischtrassigen) und die indischen arbeitenden Massen mit den Schwarzen vereinigen kann, und die sich mit einem Programm voller demokratischer Rechte und einer egalitären sozialen Ordnung an die weißen Arbeiter wendet, eröffnet die Möglichkeit eines Auswegs aus der gegenwärtigen Situation, die von einem kolossalen Blutbad nicht weit entfernt ist. Die weiße Arbeiteraristokratie, oder zumindest ein Teil von ihr, muß *politisch neutralisiert* werden, soll das waffenstarrende, seine eigenen „Mirages" produzierende Regime der weißen rassistischen Minderheit erfolgreich gestürzt werden.

Trotzkisten erheben die Forderung der „Arbeiterrevolution durch Zerschlagung der Apartheid". Um die Macht zu erobern, muß das nicht-weiße Proletariat einen Kampf zur Erringung wesentlicher demokratischer Rechte und rudimentärer Grundlagen politischer und organisatorischer Macht führen. So fordern wir, daß politische und gewerkschaftliche Organisationsrechte auf die Nicht-Weißen ausgedehnt, daß alle antikommunistischen und „Antiterror"-Gesetze abgeschafft werden, daß die infamen Paßgesetze verschwinden und daß jegliche rassistische Gesetzgebung abgeschafft wird, daß das Kontraktarbeitssystem und die auf rassenmäßigen Kriterien basierende Jobreservierung verboten wird. Wir kämpfen ebenfalls für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit" und gleiche Arbeitsbedingungen und für eine konstituierende Versammlung, basierend auf allgemeinem und gleichem Wahlrecht. Wir betonen aber auch, Im Gegensatz zu den

# TLD-Veranstaltung

# Volksfront: Bremsklotz der Revolution

Etwa vierzig Genossen und Genossinnen besuchten am 10. Mai die Berliner Veranstaltung der TLD mit dem Thema: „Die Volksfront — Der Weg in die Niederlage“. Angesichts der politischen Entwicklung vor allem im südeuropäischen Raum hat der revolutionäre Standpunkt der bedingungslosen Opposition gegenüber der Volksfront und die Ablehnung jeglicher Art von politischer Unterstützung — so kritisch sie auch sein mag — von Volksfrontkoalitionen erneut an Aktualität gewonnen.

Der erste Sprecher der TLD wies in seinem Referat daraufhin, daß die Volksfront keineswegs ein Phänomen der neueren Geschichte, einen neuen Weg zur sozialistischen Revolution darstellt, sondern sich bereits seit 1848 als Mittel der Bourgeoisie bewährt hat, ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Ausgehend von den Lehren der Pariser Commune über die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die proletarische Revolution, seine Ersetzung durch Machtorgane der Arbeiterklasse, erläuterte der Referent die Position der bedingungslosen Opposition gegenüber der Volksfront — weit entfernt von einer „kritischen Haltung der Toleranz“ eines Mandel — anhand der Politik der Bolschewiki gegenüber der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre einschließenden Koalitionsregierung Kerenski. Die an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gerichtete Forderung, mit ihren bürgerlichen Bündnispartnern zu brechen und die Verantwortung für ihre Politik in die eigenen Hände zu nehmen, war ein entscheidender Hebel, um den verräterischen Charakter dieser Parteien zu entlarven. Der Sprecher verwies weiter auf die blutige Geschichte des spanischen Bürgerkriegs als Resultat der völligen Kapitulation der Arbeiterorganisationen vor der Volksfront. Die zentristische POUM hatte durch ihren Eintritt in die katalonische Volksfrontregierung die Verantwortung für die schwerwiegende Niederlage des spanischen Proletariats mitübernommen.

Ein weiteres Referat erinnerte an die jüngsten blutigen Ergebnisse der Volksfrontpolitik: Massenschlächtereien in Indonesien dank der klassenkollaborationistischen Politik der dortigen maoistischen KP (1965), die Niedermetzelung von tausenden von guevaristischen Jugendlichen auf Ceylon 1971 durch die Bandaranaike-Regierung, gedeckt durch die reformistische expabloistische Lanka



Sama Samaja Party, die bereits 1964 in die bürgerliche Regierung eingetreten war, und schließlich der „chilenische Weg zum Sozialismus“, dessen Erfolg uns durch die Herrschaft der Militärdiktatur Pinochets vergegenwärtigt wird. Der Referent erklärte, daß die Krise des Imperialismus besonders ausgeprägt in den Ländern zutage tritt, die eine schwache kapitalistische Entwicklung durchgemacht haben. Es ist kein Zufall, daß man vor allem im südeuropäischen Raum Volksfrontformationen vorfindet. Die Bourgeoisie sucht nach einem Weg, ihr krisengeschütteltes System aufrechtzuerhalten. Mittels der reformistischen Massenparteien, ihren getreuen Helfern, gelingt es ihr, die sich regende Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat zu fesseln. Die Bereitschaft der spanischen KP, die Fahne des Proletariats gegen die Farben der Monarchie einzutauschen, der „historische Kompromiß“ der KPI, die Kapitulation der französischen LCR im Verein mit Lutte Ouvriere und der maoistischen OCT vor der „Union de la Gauche“, das von der spanischen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) mitunterzeichnete berüchtigte Kommunique von Barcelona — das alles sind nur wenige Beispiele des Verrats dieser Organisationen am Proletariat. Die bedingungslose Opposition gegen Volksfronten aller Couleur und jegliche linke Flankendeckung ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes für die Wiederschaffung der Vierten Internationale, der revolutionären Weltpartei.

Nationalisten und ihren stalinistischen Apologeten, daß diese demokratischen Aufgaben in der imperialistischen Epoche nur durch die proletarische Revolution voll realisiert werden können.

Die Erfahrung zweier Jahrzehnte afrikanischen Unabhängigkeitskampfes bestätigt voll die trotzkistische Theorie der Permanenten Revolution, die behauptet, daß weder die Bourgeoisie noch die diversen kleinbürgerlichen Kräfte in der Lage sind, selbst die demokratischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen. Ob sie nun offen neokolonialistisch sind oder sich auf einen „afrikanischen Sozialismus“ oder den „Marxismus-Leninismus“ berufen — alle „unabhängigen“ Regime haben sich den Imperialisten unterworfen. Sie sind sogar unfähig gewesen, auch nur eine kapitalistische Entwicklung ihrer Ökonomien zu erreichen, und sowie die Armut sich verschärft, wird sie von einem Wiederaufleben des Tribalismus begleitet. Nur das Proletariat, an der Spitze der Bauernmassen stehend und seine eigene Klassenherrschaft etablierend, kann die schwarzen Massen Afrikas befreien.

*Nach Workers Vanguard Nr. 133*

# Kommunistische Korrespondenz




## Zerschlagt die Herrschaft der weißen „Herrenmenschen“!

# Neokolonialistische Nationalisten verraten rhodesische Massen

12. Juni — Zum zweiten Male seit Ende Mai sind Rhodesiens Herrenmenschen“ in einer vandalenartigen „search and destroy“-Aktion in Mocambique eingefallen. Die Zurschaustellung seines militärischen Bizeps, seiner *gegenwärtigen* strategischen Überlegenheit, ist freilich nur Ausdruck der verzweifelten Lage des weißen rassistischen Siedlerregimes. Seine Tage sind gezählt. An vier Fronten kämpfen die schwarzen Guerillas gegen die Herrschaft der weißen Minderheit, tausende weitere werden in den Trainingslagern in Mopambique auf ihren Einsatz vorbereitet, aus den Randgebieten Rhodesiens strömen ihnen weiterhin hunderte schwarzer Jugendlicher zu. Sambia erklärte Mitte Mai den Kriegszustand mit Rhodesien und versetzte seine Truppen in Alarmbereitschaft. Auf der kürzlich beendeten UNO-Konferenz zur „Unterstützung der Völker Simbabwes und Namibias“ in Maputo standen die kleinbürgerlich-nationalistischen Guerülaführer und ihre Protagonisten, die fünf schwarzafrikanischen „Frontstaaten“ (Sambia, Angola, Mopambique, Tansania, Botswana) dann auch nicht allein da, als sie zum entschiedenen Kampf gegen das Smith-Regime aufriefen: Der amerikanische UNO-Botschafter Andrew Young („Brothers!“), schwarze Gallionsfigur und Aushängeschild des US-Imperialismus, der tönte, daß es „so etwas wie eine Revolution“ in der Afrikapolitik der Vereinigten Staaten gegeben habe, forderte die schwarzen Rhodesier auf, die Wirtschaft der Weißen zu boykottieren, „ihr Geld in der Tasche (zu) behalten und drei oder sechs Monate nichts (zu) kaufen“ *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 20. Mai)! UNO-Präsident Waldheim sprach sich für die Notwendigkeit eines „Befreiungskrieges“ aus *(Süddeutsche Zeitung,* 18. Mai), wenn Smith nicht das Prinzip der schwarzen Mehrheitsregierung akzeptieren würde, und die deutsche Bundesregierung erwägt nach den Worten von Entwicklungshilfeministerin Schlei gar eine („humanitäre“) Unterstützung der von Joshua Nkomo geführten Guerillas *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 2. April).

Die imperialistischen Länder, allen voran Großbritannien und die Vereinigten Staaten, haben erkannt, daß das Smith-Regime einen Anachronismus darstellt, der sich nicht mehr halten läßt. Fallengelassen von den imperialistischen Großmächten (im Gegensatz — trotz aller Rhetorik - zu Südafrika, in dem die Vereinigten Staaten 54 Prozent ihrer Afrika-Investitionen vorgenommen haben und das zudem als ein militärstrategisch wichtiger Bündnispartner gut), ist die Herrschaft der weißen rhodesischen Minderheit nicht lebensfähig. 278 000 Weißen stehen gut 6 Millionen Schwarze gegenüber, auf einen Weißen kommen 20 Schwarze. Militärisch ist ihre Lage über kurz oder lang hoffnungslos, und die zunehmende Mobilisierung Weißer entzieht der rhodesischen Wirtschaft ihre so notwendig gebrauchten Arbeitskräfte. Einer täglich wachsenden Guerillastreitmacht, ausgestattet mit modernsten sowjetischen Waffen, kann die rhodesische Armee

*Fortgesetzt auf Seite 17*



**Callaghan und Nkomo: Freunde unter sich.**